

Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 14.06.2018, 19:00 Uhr

Ort, Raum: Rathaus Sitzungssaal groß RL023, Belforter Platz 1, 71229 Leonberg

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Bekanntgaben
- 2 Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung des KKH Leonberg
- 3 Rathausneubau-Abrechnung des Bauvorhabens
- 4 Jahrestiefbauarbeiten 07/2018 - 06/2020 der Stadtwerke Leonberg - Vergabe der Bauleistungen
- 5 Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen in Leonberg
- 6 Finanzbericht zum 31.03.2018
- 7 Annahme von Spenden, Schenkungen und Gelder von Sponsoren
- 8 Annahme von Kleinspenden
- 9 Anfragen
- 10 Verschiedenes

2018/088

öffentlich



Dezernat B

Amt für Jugend, Familie und Schule

Bezugsvorlagen:

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.06.2018	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.06.2018	Ö

Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung des KKH Leonberg

Beschlussvorschlag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Stärkung und Weiterentwicklung des KKH Leonberg Verhandlungen über die Einrichtung eines Gesundheitscampus aufzunehmen. Eventuelle Anfragen zu einer Ansiedlung gerade zum Thema Gesundheit sollen zeitnah mit dem Landkreis und dem Klinikverbund Südwest besprochen werden.
2. Die Kreisärzteschaft Leonberg ist in die Gespräche mit einzubinden.

Sachverhalt

Siehe Begründung Antragsschreiben im Anhang.

Weiteres Vorgehen

Umsetzung des Beschlusses.

Klaus Brenner
Bürgermeister

Dr. Ulrich Vonderheid
Erster Bürgermeister

Martin G. Kaufmann
Oberbürgermeister

1	Antrag KKH Leonberg 19.04.2018
---	--------------------------------

Elke Staubach

Staubach * Im Brühl 62/1 * 71229 Leonberg

71229 Leonberg**Im Brühl 62 / 1**Herrn Oberbürgermeister
Martin KaufmannTelefon 07152-41761
Mobil
Telefax 07152-6023000
Email elkestaubach@aol.com
16.04.18**Antrag zur Stärkung des KKH Leonberg**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kaufmann,

die Verwaltung wird beauftragt, zur Stärkung und Weiterentwicklung des KKH Leonberg Verhandlungen über die Einrichtung eines Gesundheitscampus aufzunehmen. Eventuelle Anfragen zu einer Ansiedlung gerade zum Thema Gesundheit sollen zeitnah mit dem Landkreis und dem Klinikverbund Südwest besprochen werden. Dies ist erforderlich, da das dortige Areal dem Landkreis gehört. Kurze Wege zwischen den Beteiligten sind hier unerlässlich. Auch die Kreisärzteschaft Leonberg ist in die Gespräche mit einzubinden.

Begründung:

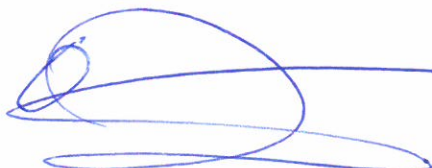
Das Kreiskrankenhaus Leonberg muss attraktiv bleiben. Um das Krankenhaus zu stärken und für die Zukunft zu rüsten, ist es bereits gelungen, eine private Strahlenpraxis sowie eine Klinik für psychosomatische Erkrankungen auf dem Gelände anzusiedeln. Um das Krankenhaus zu festigen, soll eine Art Gesundheitscampus ins Auge gefasst werden. Die erforderliche Fläche ist vorhanden. Da das Areal aber dem Kreis gehört, Anfragen zur Ansiedlung eher beim Oberbürgermeister oder Wirtschaftsförderer der Stadt aufschlagen, ist eine enge Verzahnung bzw. ein schneller Austausch zwischen Stadt und Landkreis (Klinikverbund Südwest) zu Interessenten erforderlich, damit diese nicht abspringen und an anderen Standorten investieren.

Jegliche Ansiedlungen ambulanter medizinischer, pflegerischer und gesundheitsfördernde Strukturen in unmittelbarer Nähe zum Krankenhaus Leonberg werden dazu führen, diesen Standort als Gesundheitsstandort in der Stadtregion Leonberg noch mehr als jetzt wahrzunehmen. Die demographische Entwicklung der Bevölkerung macht es erforderlich, das medizinische Angebot in der Altersmedizin zu erweitern. Aufgrund der nicht unmittelbar zentralen Stadtlage halten wir es für erforderlich, den ÖPNV leistungsgerecht auszubauen.

Im ersten Schritt wäre zu prüfen, wie solch ein Konzept konkret aussehen könnte und welche Interessengruppen einzubinden sind. Wir fordern dazu alle Beteiligten zu einer konstruktiven, lösungsorientierten und ideenreichen Diskussion auf und bringen uns als Fraktion hierbei sehr gerne mit ein.

Für die CDU-Fraktion:

E. Staubach

W. Bodler
D. JüttlerR. Hl
KudmannK. Schwann
Kugel

G. Schwann

2018/040

öffentlich



Dezernat C
Gebäudemanagement

Bezugsvorlagen:
2012 V 07, V 85; 2013 G 01, G 1-2, G 06;
2014 G 02, G 07.

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.06.2018	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.06.2018	Ö

Rathausneubau-Abrechnung des Bauvorhabens

Kenntnisnahme

Die Abrechnung des Rathausneubaus wird zur Kenntnis genommen.

Zusammenfassung des Sachverhalts

Auf Grund brandschutzrechtlicher, energetischer und baukonstruktiver Mängel war das bisherige Gebäude nicht mehr nutzbar. Die weiteren ausgegliederten Verwaltungsstandorte konnten auch langfristig nicht mehr genutzt werden bzw. hatten ebenfalls einen hohen Investitionsstau. Vor diesem Hintergrund und den hohen Sanierungskosten hatte der Gemeinderat beschlossen, einen Rathausneubau zu erstellen und 4 Standorte zu einem Standort zusammenzuführen. Das Ordnungsamt sollte weiterhin im Historischen Rathaus verbleiben.

Nach Erstellung des Raumprogrammes, der Standortfestlegung und der Durchführung eines „Integrierten Wettbewerbsverfahren“ wurde der Zuschlag an Fa. Wolff&Müller und Schaller Architekten erteilt, da diese den funktional und wirtschaftlich besten Entwurf abgegeben haben.

Mit dem Bau wurde im Juni 2015 begonnen und termingerecht Ende Dezember 2016 an die Stadt übergeben. Der Abbruch sowie die Fertigstellung der Außenanlagen erfolgte im Anschluss daran. Die offizielle Einweihungsfeier fand im Juli 2017 statt.

Ziele der Maßnahme

Sicherstellung einer zukunftsfähigen und wirtschaftlichen Unterbringung der Stadtverwaltung.

Sachverhalt/Sachstand

Gründe für einen Rathausneubau:

Auf Grund von brandschutzrechtlichen Mängeln hatte der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, eine umfassende Ermittlung der Gesamtsanierungskosten des bisherigen Neuen Rathauses zu beauftragen. Gegenstand der Untersuchung war auch die Kostenermittlung für einen Neubau bzw. einen Anbau an das bisherige Rathaus.

Als Ergebnis der Kostenermittlung standen ca. 15 Millionen Euro für die Sanierung des Bestandsgebäudes zur Diskussion. Eine Sanierung mit zusätzlichem Anbau für eine Zusammenführung der Verwaltungsstellen wurde auf ca. 19 Millionen geschätzt. Ein Neubau auf neutralem Grundstück ohne Abbruch und Entsorgung wurde auf ca. 22 Millionen geschätzt. Bei der Sanierung des Bestandsgebäudes wäre eine wirtschaftliche Reduzierung der Raumgrößen nicht möglich gewesen, so dass eine Reduzierung der Büroflächen nicht umsetzbar gewesen wäre. Im bisherigen Rathaus hatten viele Einzelbüros ca. 19 m² (beim jetzigen Neubau wurden in der Regel pro Beschäftigter/-en 12 m² Nutzfläche umgesetzt). In Büros mit viel Publikumsverkehr und vielen Besprechungen wurden 18 m² Nutzfläche hergestellt. Im Rathausneubau wurden außer dem bisherigen Neuen Rathaus die Verwaltungsgebäude des Technischen Rathauses, dem Postgebäude sowie dem KESS zusammengeführt. Auch für diese Gebäude war zwingend zeitnah eine andere Lösung zu finden, da das Notariat (in welchem das KESS untergebracht war) nur angemietet war und das Gebäude auf Grund der Zentralisierung der Grundbuchämter nicht mehr benötigt wurde und zudem hohe Mietkosten dafür angefallen sind. Das Technische Rathaus war, wie auch das Notariat, nicht barrierefrei und hatte zudem einen hohen Investitionsstau. Das Postgebäude wurde im Rahmen des Stadtumbaus für die noch zu realisierende Stadtachse erworben, ist ebenfalls stark sanierungsbedürftig und somit mittelfristig als Standort nicht mehr zu halten.

Aus den genannten Gründen hatte sich der Gemeinderat für einen Neubau entschieden und die Verwaltung beauftragt, ein Raumprogramm zu erstellen, mögliche Standorte zu untersuchen sowie die möglichen Vergabeverfahren für die Bauumsetzung prüfen zu lassen. Auf Grund der großen brandschutzrechtlichen Mängel im damaligen Neuen Rathaus, mussten für eine von der Brandschutzbehörde genehmigten Interimsbetriebszeit (bis Ende Dezember 2016) Sofortmaßnahmen umgesetzt werden um den Betrieb überhaupt noch aufrecht erhalten zu können.

Erstellung eines Flächen- und Raumprogramms:

Die Erstellung eines Raumprogramms war zwingend erforderlich um einen möglichen anderen Standort überhaupt prüfen zu lassen und um die voraussichtlichen Projektkosten konkreter einschätzen zu können.

Zur Erstellung des Raumprogramms wurde die Firma Drees&Sommer Consulting beauftragt, welche im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeit bereits unterschiedliche Büroprojekte umgesetzt hatte. Parallel hierzu wurde beschlossen ein Dokumentenmanagementsystem (DMS) in der Verwaltung einzuführen mit dem Ziel auch die Registratur- und Lagerfläche in den Büros deutlich zu reduzieren. Hierzu wurde von der Verwaltung das Büro Hüttmann und Partner beauftragt, welches detailliert den künftigen Registraturbedarf für einen Neubau, unter dem Aspekt der Einführung eines DMS, untersucht hat.

Innerhalb der Verwaltung wurde eine Projektgruppe installiert, welche den gesamten Vorbereitungs- und Bauprozess begleitet hat. Innerhalb dieser Projektgruppe wurden Projektteams gebildet, welche die anstehenden Fachthemen dann zu klären hatten, um dann die Ergebnisse wieder in die Projektgruppe zurück zu spielen. Die einzelnen Projektteams haben sich mit Themen wie Raumprogramm, Cafeteria, IT-Konzept, Raumkonzept und Abhängigkeiten der Fachämter, Materialität, Möblierung, Technikkonzept und vielen anderen Punkten befasst. Die Ergebnisse und Vorschläge wurden dann dem „Rathausrat“ zur Entscheidung vorgelegt. Der Rathausrat bestand aus Mitgliedern des Gemeinderates.

Als Ergebnis der Untersuchung kam heraus, dass ein künftiger Neubau eine Hauptnutzfläche (ohne Verkehrs- und Technikflächen) von mindestens ca. 5.450 m² haben muss (der jetzige Rathausneubau hat eine Fläche von 5.404 m²). Darüber hinaus wurde beschlossen, eine Tiefgarage für 50 Stellplätze zu errichten. Die restlichen baurechtlich notwendigen Stellplätze mussten in den Außenanlagen hergestellt werden.

Standortuntersuchung:

Im Rahmen der Standortuntersuchung wurde beschlossen, das Ordnungsamt aus städtebaulichen Gründen im bisherigen Historischen Rathaus zu belassen. Dies vor dem Hintergrund einer sonst befürchteten Abnahme der Kundenfrequenz in der Altstadt sowie der Tatsache, dass sich die Baukosten für den Neubau deutlich erhöht hätten und eine Sanierung des Historischen Rathauses dadurch nicht entfallen wäre, da ein Verkauf des Gebäudes nicht angedacht war.

Die Verwaltung wurde somit von 5 Standorten auf 2 Standorte konzentriert. Eine Zusammenführung von Verwaltungsstandorten sollte zum einen für den Bürger eine Erleichterung bringen, künftig verschiedene Fachämter in einem Gebäude zu haben um nicht mehrere Standorte ansteuern zu müssen. Zum anderen sollte dies zu einer Reduzierung der Verwaltungskosten führen. Die Einsparung bestand vorrangig in der Reduzierung des Fuhrparks sowie den Wegezeiten der Amtsboten sowie Mitarbeitern.

Außer der Möglichkeit, am bisherigen Standort in einem sehr geringen Abstand zum Bestandsgebäude einen Neubau zu errichten wurden noch die Standorte „Technisches Rathaus“ sowie „Postareal“ geprüft. Beide Standorte haben sich als nicht geeignet erwiesen. Beim Standort „Technischen Rathaus“ wäre das Raumprogramm nur in mehreren Gebäuden auf sehr kleinen Grundstücken umsetzbar gewesen. Dies hätte, auch vor dem Hintergrund einer notwendigen Verbindung der Gebäude und einer Barrierefreiheit, zu deutlich höheren Herstellungskosten geführt. Das Postareal sollte im Rahmen eines Investorenauswahlverfahrens mit noch weiteren Flächen zur Verfügung gestellt werden, was durch einen Neubau auf diesem Areal die Möglichkeiten einer Gesamtplanung deutlich verschlechtert hätte. Darüber hinaus stand auf Grund der Vermietung des Gebäudes und der Außenflächen an die Post die Fläche nicht im benötigten Zeitfenster zur Verfügung.

Vergabefahren:

Auf Grund der zeitlich begrenzten Nutzbarkeit des bisherigen Neuen Rathauses wurde bei der Gegenüberstellung möglicher Auswahl- und Vergabeverfahren zur Realisierung des Projektes das zeitlich am schnellsten umzusetzende Verfahren gewählt. Des Weiteren bestand das Ziel einer möglichst großen Kostensicherheit.

Die Wahl fiel somit auf die Durchführung eines GÜ-Verfahrens. Hierbei handelt es sich um ein „Integriertes Wettbewerbsverfahren“. Bei diesem Verfahren kommen Bauträger, Architekt und Fachplaner zu einem Team zusammen um am Schluss einen Entwurf und einen Festpreis für diesen Entwurf anbieten zu können.

Um die für dieses Verfahren notwendige Qualitäts- und Leistungsbeschreibung zu erstellen wurde das Büro Drees&Sommer (D&S) beauftragt. D&S hatte zum einen das günstigere Angebot für diese Leistung abgegeben und konnte zum anderen in dieser Verfahrensart die größere Erfahrung einbringen.

Um die Entwürfe aus dem integrierten Auswahlverfahren zu bewerten wurde ein Auswahlgremium, ähnlich dem eines Preisgerichts (Jury), eingesetzt. Dieses setzte sich aus Fachleuten (Architekten und Ingenieure), Vertretern des Gemeinderates sowie Vertretern der Verwaltung zusammen.

Am Wettbewerb haben insgesamt 7 Bieter teilgenommen, die einen Entwurf und ein Angebot abgegeben haben. Hiervon wurden 6 Bieter zum Wettbewerb zugelassen. Diese Entwürfe wurden vom Auswahlgremium bewertet. Als Ergebnis des Auswahlgremiums stand der Vorschlag mit 3 Bietern in die Vergabegespräche einzusteigen um sowohl beim Entwurf, dem Raumprogramm sowie bei den Kosten Verbesserungen zu erzielen.

Als bestes Ergebnis aus den Vergabeverhandlungen ging die Fa. Wolff&Müller Regionalbau GmbH & Co.KG Stuttgart mit Schaller Architekten hervor. Dies insbesondere in Hinblick auf Architektur, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit. Im Vergabeverfahren konnte der Entwurf so verhandelt werden, dass auf einen Abbruch des Kassenflügels mit Registraturkeller

verzichtet werden konnte. Die Mehrkosten hierfür waren deutlich geringer als eine Interimslösung in einem Container. Darüber hinaus wäre es logistisch sehr aufwendig gewesen, die gesamte Registratur in eine Übergangslösung umziehen zu lassen.

Für die Controlling- und Projektsteuerungsleistungen wurde Drees&Sommer beauftragt.

Zeitschiene des Projektes:

Verfahrenszeit:

- Im November 2012 wurde der Gemeinderat über die vorhandenen Mängel des bisherigen Neuen Rathaus unterrichtet.
- Im April 2013 wurde beschlossen die Sofortmaßnahmen im bisherigen Rathaus zur Sicherstellung eines weiteren Betriebes umzusetzen.
- Im Juli 2013 wurden der Standort des Neubaus sowie der Zeitplan des Projektes beschlossen.
- Im November 2013 wurden das Raum- und Flächenkonzept sowie das Vergabeverfahren beschlossen.
- Im April 2014 wurden die Inhalte der funktionalen Leistungsbeschreibung (LV) beschlossen
- Im Dezember 2014 wurde der Auftrag an Wolff&Müller beschlossen

Bauzeit:

- Januar 2015: Beginn der konkreten Planungsphase zur Erstellung eines Baugesuchs
- Juni 2015: Baubeginn - Abbruch des alten Sitzungstraktes und Herstellung der Baugrube
- Februar 2016: Richtfest
- Dezember 2016: Übergabe des Rathauses
- Januar 2017: Umzug der Verwaltung und anschließender Abbruch des Bestandsgebäudes
- Juli 2017: Fertigstellung der Außenanlagen und offizielle Einweihung des Rathausneubaus.

Der Rathausvorplatz war nicht Gegenstand der Beauftragung an Wolff&Müller und ist nicht in den Kosten enthalten. Es handelte sich um ein separates Projekt des Tiefbauamtes

Kostenbudget:

Mit Beauftragung des Generalübernehmers wurde ein Projektbudget in Höhe von 24.346.000 EUR beschlossen. Der reine Bauauftrag an Wolff&Müller betrug 23.560.000 EUR. Darüber hinaus wurde ein „Puffer“ für Unvorhergesehenes und Änderungen während der Bauphase in Höhe von 550.000 EUR beschlossen. Als voraussichtliche Gesamtkosten wurden somit insgesamt 24.896.000 EUR beschlossen.

Trotz der im Vorfeld vorgenommenen Untersuchungen des Baugrundes und den daraus resultierenden Kostenschätzungen für Aushub und Entsorgung, des auf einer ehemaligen Mülldeponie stehenden Gebäudes, hatte sich gleich zu Beginn der Baumaßnahme herausgestellt, dass Mehraufwendungen in der Gründung erforderlich wurden, da mehr belastetes Material entsorgt werden musste als angenommen und dass Änderungen in der Entwässerung erforderlich wurden. Dies führte bereits zu Mehrkosten in Höhe von 553.000 EUR, so dass das „Puffer“ bereits zu „Beginn“ der Baumaßnahme ausgeschöpft wurde.

Darüber hinaus wurde aus energetischen Gründen entschieden, dass eine PV-Anlage auf dem Dach zusätzlich beauftragt wird und die komplette Beleuchtung einschließlich der Tiefgarage in LED ausgeführt wird. Davor war es nur vorgesehen die Verkehrsflächen mit LED auszustatten.

Damit weitere anstehende Entscheidungen und Änderungen zeitnah entschieden werden

konnten hatten die Verwaltung und die Projektsteuerer dem Gemeinderat empfohlen, für die weitere Handlungsfähigkeit das Budget um 980.000 EUR zu erhöhen. Insgesamt wurden dann ca. 6,2 Prozent an Unvorhergesehenen undsonstigen erforderlichen Mehrleistungen einkalkuliert. Bei anderen Projekten wird in der Regel 10 Prozent vorgesehen.

Das Gesamtprojektvolumen betrug somit 25.876.000 EUR einschließlich aller Voruntersuchungen, Gutachten, Verfahrensbegleitung sowie zusätzlicher Kosten im Rahmen der Baumsetzung. **Die Abrechnung des Vorhabens schließt mit 25.873.074,39 EUR ab, so dass hier eine „Punktlandung“ erzielt werden konnte.**

Die Gesamtkosten schlüsseln sich wie folgt auf:

- Kosten an Wolff&Müller ohne Nachträge (Bauftrag): 23.560.000,00 EUR
- 91 Nachträge mit Wolff&Müller: 1.039.335,21 EUR
- Verfahrenskosten, Gutachten, Untersuchungen, Controlling etc.: 964.605,65 EUR
- Sonstige Kosten für Umzug, Cafeteriaausstattung, Spinde, Trafo etc.) 309.133,53 EUR

Insgesamt: 25.873.074,39 EUR

Weiteres Vorgehen

Der Rathausneubau ist abgeschlossen.

Alternativen zum Beschlussvorschlag

Finanzierungsübersicht

<i>Rathausneubau</i>		<i>Ansatz:</i>	<i>Ergebnis:</i>	
7 5110 001 7006	2013- 2018	25.876.000	25.873.074,39	
7 5110 001 7007				
7 5110 001 7008				

Klaus Brenner
Bürgermeister

Dr. Ulrich Vonderheid
Erster Bürgermeister

Martin G. Kaufmann
Oberbürgermeister

Anlage/n

1	Nachträge
---	-----------

Rathausneubau: Mehr- und Minderkosten (Nachträge) gegenüber den Bau- und Qualitätsstandards (BQA)

Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:
Änderung der Fahrbahnausführung Tiefgarage (Pflasterbelag an Stelle von Asphaltfläche)	1	Vorschlag von W&M - Reduzierung der Herstellungs- und Folgekosten		29.487,69 €
Änderung der WC Kerne - Nachtrag	2	Auf Grund des prozentual höheren Verhältnisses an weiblichen Beschäftigten waren auf einigen Etagen mehr WC Anlagen für Frauen notwendig	25.846,69 €	
Änderung der Materialität des Bodenbelags (Steinbelag anstatt staubbindender Anstrich) in den zwei Fluchttreppenhäusern	3	Abweichungen zwischen der textlichen Darstellung der BQA und den planerischen Unterlagen des GÜ - (Streitwert: 51.064,62 € - Ergebnis der Nachtragsverhandlung ist eine Teilung der Kosten 50/50)	25.585,00 €	
Veränderung der Kabinenmaße der Aufzüge	4	Vorschlag von W&M dem nichts entgegenstand - kostenneutrale Änderung		
Veränderung der "Brückenverläufe"; Anbindung des Türelementes Sitzungsfoyer / Foyer an die Unterkante des Brückensteigs	5	gestalterische Änderung um einen akzeptablen Abschluss zwischen den zwei Foyers zu erhalten (Oberkante der Glastrennwand wäre sonst ohne Anbindung an die Decke ausgeführt worden)	14.047,53 €	
Ausführung der Verkehrsflächen mit einem Textilbelag an Stelle des vorgesehenen Lionobelages	6	sowohl aus akustischen als auch aus gestalterischen Gründen (bodentiefe Verglasungselemente zu den Büros) ist dies zu empfehlen. Darüber hinaus ist der Textilbelag langfristig günstiger im Unterhalt	14.259,65 €	
Änderung der Zutrittskontrolle / Sprech- und Klingelverbindungen	7	Sicherheitserfordernisse / entwurfsbedingte Ergänzungen beim Zutritt in den Stockwerken	6.679,54 €	
Entfernung der Bauminsel am Parkplatz	8	bessere Übersichtlichkeit auf der Parkfläche während der Bauphase (im Gegenzug wird auf Kosten von W&M die mobile Trafostation verschalt und mit einer Treppe versehen)	4.345,26 €	
Verzicht auf einen höherwertigeren Bodenbelag in den Büros der Dezernenten	9	einerseits aus gestalterischen Gründen (Sichtbeziehung Sekretariat und Bürgermeisterbüro) und andererseits wurde bereits ein sehr hochwertiger Belag für die anderen Büros ausgeschrieben		2.623,75 €
Mehraufwand bezüglich der aufwendigeren Begleitung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes	10	Der Mehraufwand war im Vorfeld nicht absehbar (Streitwert: 18.703,52 € - Ergebnis der Nachtragsverhandlung ist eine Teilung der Kosten 50/50)	9.520,00 €	

Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:
Mehraufwand bei der Gründung auf Grund einer anderen Erdbebenzone	11	Mehrkosten (Material und Einbringung) auf Grund der anderen Erdbebenzone. Es wurden von W&M 259.954,55 € geltend gemacht - Ergebnis der Nachtragsverhandlung sind nunmehr nur noch 257.147,21 €.	257.147,21 €	
Altlastenentsorgung: Weitere Probebohrungen führen zu der Erkenntnis, dass Mehrmassen gegenüber den Schätzungen in den BQA angefallen sind.	12	Der GÜ hat nur auf Grundlage der im Altlastengutachten angenommenen Massen kalkulieren können; es sind Mehrmassen angefallen die W&M mit 255.559,13 € angemeldet hat. Ergebnis der Nachtragsverhandlung sind nunmehr nur noch 224.138,33 €.	224.138,33 €	
Mehrkosten der Retension auf Grund eine 100 cm Querschnitts des Entwässerungsrohrs	13	W&M vertritt die Auffassung, dass auf Grund der Forderungen des TBA die dadurch entstanden Mehrkosten nicht durch die in den BQA enthaltenen Ausführungen abdeckt sind. W&M hatte anfangs Mehrkosten in Höhe von 146.814,93 angemeldet. Ergebnis der Nachtragsverhandlung ist, dass die jetzt letztendlich noch im Raum stehenden Kosten in Höhe von 104.154,10 € nun noch zu 70 % Prozent von der Stadt übernommen werden	72.471,00 €	
Änderungen in der technischen Gebäudeausstattung insgesamt	14	Die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden von Dresö geprüft ob diese sinnvoll sind oder ggf. bereits schon auf Grund der BQA geschuldet werden. Ergebnis der Nachtragsverhandlung war, dass der Nachtrag so akzeptiert wird. W&M aber ohne weitere Mehrkosten die LED Beleuchtung in allen Büros umsetzt (es standen anfangs hierfür ca. 160.00 EUR Mehrkosten seitens W&M für diese Option im Raum)	28.936,04 €	
Änderungen der Atriumsfassade	15	aus gestalterische Gründen ist die Atriumsfassade ohne Brüstungen (somit mit bodentiefe Verglasungen zum Foyer hin) auszubilden	33.634,71 €	
Änderung der Materialität der Fassadenausführung im Bereich des Sitzungssaals	16	aus gestalterische Gründen ist eine Änderung der Materialität vorgesehen (Diese Option -48.000 € - wird nicht weiter verfolgt)		
Montage eines außenliegenden Sonnenschutzes	17	Seitens W&M wurde zur besseren Klimatisierung des Atriums im Sommer angeregt einen außenliegenden Sonnenschutz zusätzlich zum innenliegenden Blendschutzes auszuführen. (Dresö sieht keine Notwendigkeit den außenliegenden Sonnenschutz zu beauftragen da der Behaglichkeitsnachweis vorliegt; es kommt nur die Vorrichtung sowie die dunkleren Gläser zur Beauftragung - ursprünglicher Nachtrag belief sich auf 57.782,12 €)	4.279,72 €	
Ergänzungen und Änderungen in der Möblierung der Büros, Besprechungszimmer und Ratssäle	18	Es mussten verschiedene Änderungen vorgenommen werden, teilweise wurden Möblierungsgegenstände in der Ausschreibung vergessen mit aufzunehmen, davon 83.268 € für in der Ausschreibung vergessenen Rollcontainer.	119.000,00 €	
Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:

Einbau einer Photovoltaikanlage	19b	Im Rahmen des Bieterverfahrens wurde die Option einer Photovoltaikanlage abgefragt. Da das damalige Angebot nicht wirtschaftlich war wurde beschlossen dies nochmals zu einem späteren Zeitpunkt anzufragen.	70.887,43 €	
Oberflächenbelag Werkstein mit einer Beschichtung	20	Für die Bereiche des Leistungsgebietes erhalten die Werksteine der Außenfläche eine Beschichtung um die Lebensdauer zu verlängern.	4.250,68 €	
Magnetische Oberfläche für mobile Trennwand Ratssaal	21	Um Pläne an der Faltwand aufzuhängen wird die magnetische Fähigkeit der Oberfläche benötigt; dies war so nicht in den BQA vorgesehen. Andere Wandflächen stehen im Grunde für Pläne nicht zur Verfügung.	6.873,98 €	
Entfall der Fernwärmeversorgung	22	Es wurde beschlossen, dass die Stadtwerke Sindelfingen die Fernwärmeleitung legen, da diese in Zukunft auch das BHKW betreiben werden und somit die Leitung u.U. auch bis zum Postareal erweitern werden		27.332,30 €
Mehrkosten Grabenaushub für Fernwärmeleitung	23	Die Stadtwerke Sindelfingen würden zwar die Fernwärmeleitung in den Graben legen jedoch nicht die Grabarbeiten vornehmen. Hier entstehen Mehrkosten, da die Leitung dicker ist und somit mehr ausgehoben werden muss.	17.998,85 €	
Mehrkosten der Retension auf Grund eines 100 cm Entwässerungsrohrs (hier Mehrkosten auf Grund einer anderen Deponieklasse	24a	Bei der Herstellung des Retensionskanals wurde festgestellt, dass zu den ursprünglich geschätzten Kosten nun noch Mehrkosten von Bodenverbesserungsmaßnahmen erforderlich werden und zudem die Deponieklasse des Erdaushub schlechter eingestuft wurde. Dieser Nachtrag (13.521 EUR) wurde auf Nachfrage von Dresos sowie der Stadt "freiwillig" reduziert.	10.710,00 €	
Dämmung der Tiefgaragendecke	25	Die Dämmung der Tiefgaragendecke muss nur gegenüber beheizten Flächen erfolgen. Für den Rest der Tiefgarage ist dies nicht geschuldet. Es kann passieren, dass bei ungünstigen Temperaturverhältnissen Kondensat an der Decke entsteht und auf Autos tropfen kann. (22.300,24 € kommt nicht zur Ausführung)		
TG - Außenwände (Verspachteln und Attikablech)	26	Die Wände der TG mussten lt. BQA nur gestrichen werden. Um der sehr prägnanten Stelle im Bereich der Lindenstraße gerecht zu werden wurde vereinbart die Außenwand vor dem Anstrich spachteln zu lassen. Weiter wurde zum Schutz der Wände ein Attikablech montiert.	15.900,34 €	
geänderte Wandverkleidung in beiden Sitzungssälen	27a	Es besteht der Wunsch des Gremiums und der Verwaltung dem Sitzungssaal einen höherwertigeren Eindruck zu vermitteln. Vor dem Hintergrund ist vorgesehen die Wand zum Rathausvorplatz mit einem Furnier zu versehen. Auf Grund einer Farbabweichung wurde ein Minderabschlag von 5 Prozent vereinbart (separater Minderkostennachtrag 83).	39.558,40 €	
Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:

Raumänderungen GM (andere Nutzungen)	28	Auf Grund gestiegenen Personalbedarfs müssen im Bereich des GM die Räume Archiv und Plotter ggf. als Büroräume genutzt werden. Hier fallen für die Änderungen (überwiegend der Haustechnik geschuldet) Mehrkosten an.	2.655,87 €	
Bodenbelag I-Punkt	29	Nachdem das Foyer einen Betonwerkstein erhält macht es auch Sinn den daran angrenzenden I-Punkt mit diesem Bodenbelag zu versehen.	813,47 €	
Thekenmöbel I-Punkt	30a	In der Funktionalbeschreibung war nicht vorgesehen den I-Punkt mit einer Theke auszustatten. Im weiteren Verlauf der Planungen wurde zur Funktionalität des I-Punkts dies nachträglich als sinnhaft angesehen. Nach Prüfung von Dresio reduziert sich der Nachtrag auf 11.797,35 € - dies ist mit W&M im Rahmen der Verhandlung so abgestimmt worden)	11.797,35 €	
Theke Kassenschalter	31	In der Stadtkasse war vorgesehen für die Besucher als auch für das Personal ein Thekenbrett vorzusehen und auf Seite des Personal zum besseren "Handling" der Kunden einen kleinen Unterschrank mit einzubauen. Darüber hinaus musste aus Sicherheitsgründen ein Sichtschutz für den Tresor montiert werden.	6.248,02 €	
Änderungen in der Ausführung der Rollregalanlage	32	Seitens Herrn Lumpp von Hüttmann+Partern wurden noch Ergänzungsvorschläge für die ausgeschriebene Anlage gemacht um eine bessere Funktionalität und "Auslastung" zu erreichen.	10.041,41 €	
LED Beleuchtung in der Tiefgarage	33b	In der Tiefgarage wurde lt. BQA keine LED Beleuchtung ausgeschrieben. Dies wurde erst im Nachgang als langfristig sinnvoll und wirtschaftlich darstellbar angesehen.	3.640,21 €	
Motorisch betriebene Sicht- und Blendschutzanlage für die Südfassade des Sitzungssaals	34	Es wurde angeregt, an Stelle der manuell vorgesehenen Anlage, eine elektrische Anlage (welche auf die RWA ausgelegt werden muss) zu installieren.	7.636,54 €	
Sichtschutzvorhänge Atriumverglasung	35	In den Besprechungsräumen, welche zum Atrium gerichtet sind, sind lt. BQA kein Sichtschutzvorhänge geschuldet. Da diese aber für einige Besprechungen zwingend erforderlich sind wurde dies nachträglich beauftragt.	4.377,06 €	
Änderungswünsche der IUK	36	Seitens der IUK wurden Änderungswünsche geäußert, welche zur Vermeidung von Folgekosten umgesetzt werden. (Lt. Nachtrag von W+M werden 3.100 € erstattet, lt. Prüfung von Dresio sind Minderkosten in Höhe von -7.700 € vorhanden).		7.748,25 €
Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:

Zusatzausstattung der Cafeteria Küche	37	Seitens der Verwaltung (JFS) gab es Empfehlungen und Ergänzungswünsche bei der Ausstattung und der Zutrittsmöglichkeit. (W&M hat Kosten in Höhe von 8.481,67 € geltend gemacht - Pendeltüren und Konfiskatkühler).	1.548,84 €	
Änderungswünsche bei den Teeküchen	38	Bei einigen Teeküchen war die Möblierung zu klein vorgesehen, so dass diese erweitert werden musste bzw. es musste Schubladen in allen Teeküchen nachgerüstet werden um Besteck unterzubringen. Im Zuge der Nachtragsverhandlung mit W+M konnte der Betrag auf 1.953,27 € reduziert werden.	1.965,17 €	
Kostenübernahme Fernwärmestation (die Position gleicht sich betragsmäßig aus, da die Leistung an die Stadtwerke Sindelfingen bezahlt werden muss)	39	Es ist vorgesehen, dass die Stadtwerke Sindelfingen die Fernwärmeübergabestation einbringen und somit die Leistung bei W&M entfällt. Im Gegenzug sind diese Kosten des Stadtwerken zu erstatten		13.090,00 €
Einfall der raumhohen Wandfliesen	40	Aus gestalterischen Gründen und auf Grund der Reduzierung von Folgekosten bei der Reinigung wurden auf raumhohe Wandfliesen in den Stockwerken 1 bis 5 verzichtet.		8.357,00 €
Änderungen Außenanlagen	41c	Im Bereich des Gartens oberhalb der Tiefgarage sind kleine Änderungen (Leerrohre und Metalleinfassungen der Grünbeete). Dem gegenüber soll die Treppe zu Gunsten einer grünen TG-Wandverkleidung entfallen. Darüber hinaus sind Veränderungen bei der Pflege und der Bodenverbesserung der Baumstandorte der Grünbereiche vorgesehen. Des Weiteren wird eine Hecke im Außenbereich der Cafeteria gesetzt und ein Anfahrtschutz bei den Stellplätzen hergestellt.	38.500,05 €	
Zusatzleistungen Rathausvorplatz	42	Diese Leistung kann offenbar von W&M nicht erbracht werden, so dass dies vom TBA umgesetzt wird. Der Nachtrag entfällt.		
Verkabelung Monitore Besprechungsräume	43a	Hier wurde eine Verkabelung der Monitore in den Besprechungsräumen als Nachtrag angemeldet. (Seitens W&M wurden Mehrkosten in Höhe von 17.421,42 € geltend gemacht; lt. Dresö nur 6.809,99 €).	7.748,25 €	
Rollabdeckungen Blendschutz Ratssaal	44a	Um Verschmutzungen der Rollos zu vermeiden wurde empfohlen die Rollos in Kassetten unterzubringen.	5.950,29 €	
Änderung in der Materialität der Sitzungssaaltüren	45	Um die Bedeutung der Sitzungssäle hervorzuheben ist auch bei den Türblättern und Türzargen eine höherwertigere Materialität gewünscht. Im Zuge der Nachtragsverhandlungen konnte der Betrag auf 4.903,34 € reduziert werden.	4.903,34 €	
Entfall Ausstattungsgegenstände WC	46a	Es ist vereinbart worden die Hygienegegenstände selbst zu beschaffen (eigene Verträge und Modelle) und sich die Kosten erstatten zu lassen.		21.314,90 €
Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:

Bedienhilfen Schiebevorhänge Büros	47	Der Blendschutz wurde ohne "Bedienhilfen" angeboten. Es ist zu befürchten, dass der Stoff schnell verschmutzt. Aus diesem Grund wurden der "Fingerschutz" angefragt. Seitens Dresos wird die Auffassung vertreten, dass der Schleuderstab geschuldete Leistung ist und somit nur die Differenz zur Griffapplikation als Nachtrag gestellt werden kann. W+M hatte mit dem Nachtrag Kosten in Höhe von 4.427,56 € geltend gemacht.	2.110,32 €	
Sichtschutzelemente Decken Randzonenelemente	48	Aus gestalterischen Gründen ist es gewünscht die sichtbaren Kupferleitungen der Randzonenelemente mit einer Blende abzudecken.	18.840,57 €	
Füllelemente zwischen den Deckensegeln	49a	Zwischen den Heizplatten (Deckensegeln) ist ein Spalt vorhanden (Grund war die Flexibilität Wände ggf. zu versetzen). Dieser Spalt musste über eine einsetzbare mobile Brücke geschlossen werden.	30.793,86 €	
Grünstreifen Lindenstraße	50a	Nachdem die Bäume im Rahmen der Maßnahme "Gestaltung der Lindenstraße" vom TBA mit ausgeschrieben wurden entstehen hier Minderkosten.		7.967,69 €
Möblierung (Wartebank Sitzungssaalfoyer, Faltwand Teeküche, Tapetentür Glasschiebewand)	51	Seitens des Architekten wurden Möblierungsvorschläge für die öffentlich zugänglichen Bereiche gemacht, welche lt. BQA nicht geschuldet sind. Strittig ist noch die Verkleidung der Teeküche, welche nach Prüfung durch Dresos geschuldete Leistung ist. Der gesamte Nachtrag beläuft sich auf 7.770,72 €. Nach Auffassung von Dresos verbleiben nur 5.264,54 €.	5.264,54 €	
Entfall der Infosäule	52	Seitens der Verwaltung ist die zu erbringende Infosäule so nicht sinnvoll. Das Thema ist zu einem späteren Zeitpunkt (nach Inbetriebnahme des Gebäudes) ggf. zu einem späteren nochmals zu prüfen		6.568,80 €
Mehraushub Fernwärmetrasse Belforter Platz (nicht Budgetrelevant)	53	<i>Für die Vorarbeiten der künftigen Fernwärmetrasse entstand ein Mehraushub. Die Kosten werden dem Platz zugeschlagen und laufen außerhalb des Budgets. Kosten: 7.397,71 EUR</i>		
Änderung der Türantriebe an den Zugangstüren zum Rathaus	54	Es ist vorgesehen die Zugangstüren ins Rathaus mit einem Antrieb auszustatten, welcher die Türen ohne Bedienung der Besucher öffnet um einen Verschleiß der 'Antriebe im Betrieb zu vermeiden	16.523,27 €	
Teeküche im Untergeschoß	55	Für die 13 Beschäftigten im Untergeschoß gab es keine Teeküche in der Planung. Eine Nutzung anderer Teeküchen scheidet auf Grund der räumlichen Entfernung aus. Es war somit erforderlich im Sanitätsraum eine Teeküche einzubauen. Der Nachtrag von W+M betrug 8.165,16 €	7.394,41 €	
Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:

W-LAN Anbindung	56a	Seitens W+M wurden für eine Interimsverbindung Kosten in Rechnung gestellt. Diese war erforderlich, da beide Gebäude eine gewisse Zeit parallel betrieben werden mussten	14.667,70 €	
<i>Bedienstation GLT (nicht Budgetrelevant)</i>	57	<i>Eine GLT war nicht Bestandteil der Ausschreibung (lt. Nachtrag von W+M 32.547,21 €). Die Maßnahme wurde ersteinmal zurückgestellt)</i>		
Aufrufanlage von Wartenden in der Wohngeldstelle	58a	Der Wartebereich der Besucher für die Wohngeldstelle ist nicht in Sichtbeziehung zu den Büros, so dass darüber nachgedacht wurde ein "Aufrufsystem" für die Besucher zu installieren	10.058,48 €	
<i>Zusätzliche Cat7 Verkabelung Rechenzentrum</i>	59	<i>Für die Verkabelung des Rechenzentrum sind Leistungen notwendig, welche nicht Bestandteil des GÜ-Vertrages sind. Diese Leistungen waren von Anfang an über die Leistungsausschreibung der IUK geplant. Diese Kosten (34.819,02 €-11.402,58 €) sind nicht Budgetrelevant</i>		
<i>Stromschienen DV Schränke Rechenzentrum</i>	60	<i>Für die Verkabelung des Rechenzentrum sind Leistungen notwendig, welche nicht Bestandteil des GÜ-Vertrages sind. Diese waren Leistungen von Anfang an über die Leistungsausschreibung der IUK geplant. Diese Kosten (11.402,58 €) sind nicht Budgetrelevant</i>		
Verkleidung der Trockenleitungen in den Fluchttreppenhäusern	64	Die Löschwasserleitungen wurden sichtbar ausgeführt. Es ist zu prüfen, ob diese aus gestalterischen Gründen mit einer GK Konstruktion verkleidet werden sollen - Kosten 4.152,22 €. (kommt nicht zur Ausführung)		
Liegende Sockelleiste in Haupttreppenhaus	62	Das Treppenhaus ist zu einer Seite hin geöffnet, was dazu führt dass beim Reinigen Wasser heruntertropfen kann und die Wände verschmutzt. Um dies zu vermeiden ist zu prüfen ob ein Tropfschutz in form einer liegenden Sockelleiste ausgeführt werden kann	1.205,85 €	
zusätzliche Bedienhilfen Schiebevorhänge Büros	63	Damit der Blendschutz von beiden Richtungen bewegt werden kann ist auch für die andere Seite eine Bedienhilfe erforderlich	3.435,67 €	
Abbrucharbeiten – Mehrkosten Ausbau und Entsorgung	64	Um einen reibungslosen Abbruch zu gewährleisten wurden eine Schadstoffuntersuchung in Bezug auf die abzubrechenden Bestandteile veranlasst. In diesem Zusammenhang wurden Mehraufwendungen bei der Entsorgung von Asbestlüftungsrohren geltend gemacht. Der Nachtrag (45.220 €) wurde nach intensiven Gesprächen von W&M zurückgezogen.		
Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:

Umsetzung der FIZ vom I-Punkt in den Back-Office Bereich Pforte	65	Die FIZ konnte nicht im I-Punkt belassen werden da dieser sonst nicht nutzbar wäre. Die Geräte mussten neu im Bereich des Backoffice untergebracht werden.	14.457,67 €	
Tablettwagen Cafeteria	66	Für die Cafeteria waren noch 2 Tablettwägen notwendig, welche nicht in den BQA ausgeschrieben waren.	2.175,92 €	
Abdeckringe in Natursteinplatten	67	In den Natursteinplatten in den WC`s im Erdgeschoss wurden keine Abdeckringe vorgesehen. Dies sollte im Nachgang aus hygienischen Gründen nachgeholt werden. Der Nachtrag (1.186,50 €) ist zu hoch und wird anderweitig angefragt.		
Kostenerstattung Einweihungsfeier	68	Die Stadt Leonberg möchte die Einweihungsfeier selber ausrichten. Aus diesem Grund werden hierfür die geschuldeten Leistungen seitens W&M der Stadt gutgeschrieben		5.462,10 €
Leitsystem - größere Übersichtstafel	69	Im Betrieb hat sich herausgestellt, dass die Übersichtstafel im Erdgeschoss größer sein muss. Die Tafel ist gegen eine größere Tafel auszutauschen.	804,68 €	
Handtuchhalter Umkleieräume	70	Damit nasse Handtücher in den Umkleiden aufgehängt werden können waren Handtuchhalter (für Heizkörpermontage) notwendig, da diese nicht Bestandteil der BQA waren.	817,53 €	
Entfall WEB-Client-PC als Bedienstation	71	Um die Gebäudeautomation zu bedienen war ein separater Platz mit PC geschuldete Leistung. Da dies aber von einem vorhandenen Arbeitsplatz möglich ist entfällt dieser PC.		1.368,50 €
Überwachung Datenschränke	72	Nach Rücksprache mit der IUK war es nicht erforderlich eine Frühsterkennung eines Brandes zusätzlich zu installieren. Diese Kosten werden somit gutgeschrieben.		4.500,00 €
Erstattung der Kosten der Verlegung des LWL Kabels	73	W&M hat die Kosten der Verlegung des LWL Kabels der Stadt zu erstatten. Die Rechnung wurde in Zusammenhang der Verlegung des Kupferkabels von der Stadt bezahlt		3.374,84 €
Verbreiterung der Parkplatzzufahrt	74a	Um den aktuellen Parkplatz an die neue Parkierung "anzubinden" müssen die Übergänge gestaltet und die Fahrspuren verbreitert werden. (Diese Leistung läuft über das Budget Parkplatz-neugestaltung, da hier Teilfläche schon im Rahmen dieser Maßnahme hergestellt wurden und dort entfallen - 11.575,59 €)		
Zusatzleistungen Medientechnik	75a	<i>Seitens der IUK wurden noch Änderungen in Hinblick auf die Medientechnik im Sitzungssaal gewünscht. Diese Zusatzkosten werden über das Budget der IUK abgewickelt. 9.445,57 €</i>		
Mehrkosten Änderung der Pflanzenlieferung (Bäume)	79	Auf Wunsch des TBA waren anderen Bäume gewünscht welche Mehrkosten auslösen. Der Nachtrag wurde nach intensiven Gesprächen von W&M zurückgezogen.		
Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:

Zusatzleistungen Raumreservierung	76	Wolff&Müller vertritt die Auffassung, dass die Beschriftung der Monitore vor dem Sitzungssaal eine Zusatzleistung wäre (7.786,69 €). Der Nachtrag wurde nach intensiven Gesprächen von W&M zurückgezogen.		
Zusatzleistung Diskussionsanlage	77	Um die Hörqualität in den Sitzungssälen zu verbessern wurde geprüft ob eine zusätzliche Ausstattung für die Diskussionsanlage erforderlich ist.	2.761,98 €	
Rapportarbeiten	78a	Für verschiedene Arbeiten, welche kurzfristig zusätzlich ausgeführt werden mussten, sind Rapportstunden angefallen.	8.183,75 €	
Verkleidung Empfangstresen	80a	Um die Zug- und Kälteerscheinungen in der Pforte weg zu bekommen muss eine Glasscheibe und eine Strahlenheizung montiert werden. Seitens W&M wurden 7.004,82 € gefordert.	3.471,35 €	
Kostenerstattung Abbruch	81	Da ein Teil des 3. Untergeschosses nicht zurückgebaut werden musste und Material verfüllt werden konnte sind Minderkosten beim Abbruch entstanden.		3.946,24 €
Energieverbrauch während der Bauphase	82	Die Energiekosten für Fernwärme mussten vom GÜ übernommen werden.		15.282,92 €
Kostenminderung Furnierverkleidung Sitzungssaal	83	Es wurde mit W&M ein Minderungsanspruch vereinbart, das bei dem Holzfurnier eine optische Einschränkung besteht.		1.977,92 €
Kostenerstattung entgangener Ertrag aus PV Anlage	84	Die PV Anlage war bis Ende Juni 2017 noch immer nicht in Betrieb und konnte somit keinen Eigenstrom produzieren. Der Strommehrverbrauch ist zu erstatten.		2.840,06 €
Kostenerstattung der Aufwendungen für Wasser während der Bauphase	85	Die Stadt Leonberg hat über einen Zwischenzähler die Kosten für den Wasser-/Abwasserverbrauch ermittelt. Diese Kosten sind lt. Vertrag von W&M der Stadt Leonberg zu erstatten.		2.905,27 €
Leitsystem-Außenbereich	86	Leistung wird nicht durch W&M ausgeführt.		
Zusatz- Tagelohnarbeiten	87	Seitens W&M werden zusätzlich erbrachte Leistungen (überwiegend im Bereich Elektroarbeiten) im Rahmen von Rapporten geltend gemacht	13.604,02 €	
Verkleidung Container Notstromaggregat	88	Aus optischen Gründen ist vorgesehen den Container mit dem Notstromaggregat zu verkleiden. Die Kosten hierfür macht W&M mit 21.558,15 € geltend. Im Wege der Verhandlung wurde vereinbart die Kosten zu teilen und vom städtischen Anteil den Baukostenzuschuss für den Kabelanschluss (4.998 €) noch abzuziehen.	5.820,69 €	
Erstattung fehlende Fahnenmasten	89	Da die Fahnenmasten nicht durch W&M erbracht wurden sind diese Kosten der Stadt Leonberg zu erstatten		1.785,00 €
Art der Maßnahme:	Nachtrag	Begründung:	Mehrkosten brutto:	Minderkosten brutto:

Erstattung der Mehraufwendungen der technischen Betreuung durch Dresö	90	Nachdem der IAÜ Prozess nicht von W&M in der gewünschten und geschuldeten Leistung erbracht wurde sind der Stadt durch die Betreuung von Dresö Mehrkosten entstanden		41.650,00 €
Erstattung des erhöhten Energieverbrauch	91	Da mit der Inbetriebnahme des Rathauses die technischen Einrichtungen noch nicht richtig eingestellt waren wurde unnötig mehr Strom und Wärme verbraucht.		17.850,00 €
Kürzungsbetrag für optische Mängel die nicht beseitigt werden können bzw. eine Beseitigung keine Verbesserung bringt.				5.950,00 €
Verzicht Umsetzung Regelung Umkleiden				3.570,00 €
Rundungsdifferenzen:			0,05 €	
			1.276.288,44 €	236.953,23 €

Gesamtkosten der Nachträge:	1.039.335,21 €
------------------------------------	-----------------------

2018/081

öffentlich



Dezernat C
Stadtwerke Leonberg - technisch

Bauverwaltungs- und
Bauordnungsamt

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.06.2018	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.06.2018	Ö

Jahrestiefbauarbeiten 07/2018 - 06/2020 der Stadtwerke Leonberg - Vergabe der Bauleistungen

Beschlussvorschlag

Die Ausführung der Jahrestiefbauarbeiten für das Stadtgebiet einschließlich aller Teilorte für den Zeitraum vom 01.07.2018 bis 30.06.2020 wird wie folgt vergeben:

1. Die Tiefbauarbeiten werden an die Firma Braun Tief- und Straßenbau GmbH, Bismarckstraße 48, 71229 Leonberg, zu den Preisen ihres Angebotes vom 19.04.2018 mit einer Auftragssumme von **719.698,- EURO/netto** vergeben.
 - Anfallende kleinere Auswechslungen, von Wasserleitungen bis zu einem Kostenumfang von 60.000,- Euro/netto, können im Rahmen der Auftragssumme verwaltungsintern vergeben werden.

Zusammenfassung des Sachverhalts

Die zur Vergabe anstehenden Leistungen umfassen die Arbeiten für die erforderlichen Tiefbaumaßnahmen der Stadtwerke Leonberg, die im Zuge für die Auswechslung, Erneuerung und Herstellung der Versorgungs- und Hausanschlussleitungen notwendig sind.

Der Umfang der Einzelaufträge wird 60.000,- Euro/netto nicht überschreiten. Maßnahmen über 60.000,- Euro/netto werden einem separaten Ausschreibungsverfahren zugeführt.

Ziele der Maßnahme

Mit der Vergabe der Bauleistungen an einen **Jahresunternehmer**, sind die Stadtwerke Leonberg jederzeit rasch in der Lage, auf geeignete Fachkräfte und entsprechende Geräte zugreifen zu können. Dies dient der Vermeidung von Schäden durch Rohrbrüche und gleichzeitig der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung.

Sachverhalt/Sachstand

Die Stadtwerke Leonberg haben über das Jahr gesehen im Mittel ca. 100 Rohrbrüche zu verzeichnen, wobei die Anzahl in den Wintermonaten etwas höher ist.

Die Wasserverlustrate liegt aktuell bei ca. 6,2 %, und liegt somit deutlich unter dem Durchschnitt in Deutschland. Diese Verlustrate ist positiv zu bewerten, da Leonberg einschließlich den Ortsteilen Höfingen, Gebersheim und Warmbronn über ein weitverzweigtes Rohrnetz von über 390 km Länge verfügt, und zudem in Teilen von Leonberg, ein äußerst aggressiver gipshaltiger Boden vorzufinden ist, der zu verstärkter Korrosion führt.

Mit einem Team von Mitarbeitern übernehmen die Stadtwerke Leonberg die Rohrmontagearbeiten in Eigenregie. Die erforderlichen Tiefbauarbeiten für den Zeitraum vom 01.07.2018 bis 30.06.2020 sollen nun neu vergeben werden.

Das beauftragte Unternehmen muss ständig eine einsatzbereite Arbeitskolonne bereitstellen. Dies gilt auch für Sonn- und Feiertage.

Die im Laufe eines Jahres anfallenden Einzelaufträge werden erfahrungsgemäß die Auftrags- bzw. Abrechnungssumme von 60.000,- EUR nicht überschreiten. Wasserleitungsauswechslungen über 60.000,- EUR werden gesondert ausgeschrieben.

Die Bauleistungen umfassen die anfallenden Straßen- und Tiefbaumaßnahmen in Leonberg einschließlich der Ortsteile Höfingen, Warmbronn und Gebersheim.

Es handelt sich hierbei meist um kleinere Maßnahmen, die sich aufgrund nachfolgend beschriebener Fälle ergeben:

- Beseitigung bzw. Auswechslung von schadhafte n Trinkwasserleitungen (z.B. Rohrbrüche)
- Auswechslung von Versorgungs- und Hausanschlussleitungen
- Herstellung von Neuanschlüssen
- Herstellung von Ringschlüssen
- Erneuerung und Herstellung von Hydrantenschächten

Der Jahresbau für die Tiefbauarbeiten der Stadtwerke Leonberg ist nach der derzeitigen gültigen Fassung „Leistungsbuch für den Tiefbau, Garten- und Landschaftsbau; Verfahren Stuttgart; für 2 Jahre ausgeschrieben worden.

Vergabevorschlag:

Im Rahmen einer Öffentlichen Ausschreibung wurden die Jahrestiefbauarbeiten für die Stadtwerke Leonberg ausgeschrieben. Die Ausschreibungsunterlagen wurden von insgesamt 3 Firmen (Bewerbern) angefordert bzw. abgeholt.

Bis zum Angebotseröffnungstermin (Submission) am 19.04.2018, 10:00 Uhr lagen 2 Angebote (Bieter) vor.

Durch die Stadtwerke Leonberg, sowie das Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt wurde daraufhin die Prüfung und Wertung der Angebote (VOB/A) vorgenommen.

- **Wertungsstufe I (Formale Prüfung – Ausschlüsse von der Wertung):**

Es musste keines der 2 Hauptangebote nach § 16 VOB/A, nach den Bewerbungsbedingungen oder aus sonstigen Gründen von der Angebotswertung ausgeschlossen werden.

- **Wertungsstufe II (Eignung der Bieter):**

Es wurde kein Angebot nach § 16 VOB/A im Rahmen der Eignungsprüfung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) von der weiteren Angebotswertung ausgeschlossen.

- **Wertungsstufe III (Prüfung der Angebotspreise und fachtechnische Prüfung):**

Nach § 16c VOB/A musste kein Angebot aufgrund rechnerischer, technischer bzw. wirtschaftlicher Prüfung von der weiteren Wertung ausgeschlossen werden.

- **Wertungsstufe IV (Auswahl des annehmbarsten Angebots):**

In der engeren Wahl verbleiben somit alle 2 Hauptangebote.

Nach den Wertungsstufen I bis IV ergibt sich die im mündlichen Sachvortrag näher erläuterte Biiterrangfolge. Eventuelle Rechenfehler, Abgebote, Sondervorschläge, Nebenangebote und Nachlässe wurden hierbei im jeweiligen Angebotsendpreis berücksichtigt.

Nach § 16 VOB/A stellt das Angebot der Firma Braun Tief- und Straßenbau GmbH, Bismarckstraße 48, 71229 Leonberg unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten das Wirtschaftlichste und Annehmbarste dar.

Es wird vorgeschlagen, auf das im Sinne der VOB/A wirtschaftlichste Angebot der Firma Braun Tief- und Straßenbau GmbH, Bismarckstraße 48, 71229 Leonberg mit einer Angebotssumme von 719.698,- €/netto den Zuschlag zu erteilen.

Weiteres Vorgehen

Umsetzung der Maßnahme

Alternativen zum Beschlussvorschlag

Keine

Finanzierungsübersicht

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
Jahrestiefbauarbeiten				
07/2018 – 12/2018	2018	179.924,50	179.924,50	WPL Fremdleistungen
01/2019 – 12/2019	2019	359.849,00	359.849,00	“
01/2020 – 06/2020	2020	179.924,50	179.924,50	“

Klaus Brenner
Bürgermeister

Dr. Ulrich Vonderheid
Erster Bürgermeister

Martin G. Kaufmann
Oberbürgermeister

Anlage/n

1	Bierrangfolge vertraulich
---	---------------------------

2018/086

öffentlich



Dezernat B

Stadtwerke Leonberg - kaufmännisch

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	06.06.2018	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Vorberatung)	06.06.2018	Ö
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	04.06.2018	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.06.2018	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.06.2018	Ö

Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen in Leonberg

Beschlussvorschlag

1. Die Gremien nehmen vom Stand des barrierefreien Ausbaus von Bushaltestellen in Leonberg und den Teilorten Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtwerke Leonberg mit dem barrierefreien Ausbau aller umbaufähigen Bushaltestellen in Leonberg hinsichtlich Hochbordsteinen und Blindenleitsystem gemäß Prioritätenliste.
3. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtwerke Leonberg ein Blindenleitsystem bei den Haltestellen nachzurüsten, die bereits mit Hochbordsteinen ausgebaut sind.
4. Die Gemeinderat hebt den Sperrvermerk im Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke Leonberg in Höhe von 150.000 € für den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen, auf.

Zusammenfassung des Sachverhalts

Das novellierte Personenbeförderungsgesetz fordert in § 8 (3) „für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 01.01.2022 eine vollständige Barrierefreiheit“. Dieses Vorhaben wurde in den aktuellen Nahverkehrsplan des Landkreises Böblingen aufgenommen. Da der Um- und Ausbau von Haltestellen bis auf wenige Ausnahmen in die kommunale Baulast fällt, haben die Stadtwerke Leonberg, in Abstimmung mit dem Arbeitskreis Inklusion, eine Priorisierung von Bushaltestellen vorgenommen, die in den Jahren 2018 und 2019 zunächst einmal ausgebaut werden sollten.

Ziele der Maßnahme

Die Erleichterung der Nutzung des ÖPNV für Personen mit eingeschränkter Mobilität.

Sachverhalt/Sachstand

Die Stadtwerke Leonberg haben eine Bestandsaufnahme und gleichzeitige Prüfung aller Haltestellen hinsichtlich eines barrierefreien Ausbaus vorgenommen. Hierbei wurden folgende Fakten festgestellt:

	Anzahl	Prozent
Summe Bushaltestellen in Leonberg	119	100 %
- Davon bereits barrierefrei umgebaut	32	27 %
- Davon kein barrierefreier Umbau möglich	18	15 %
- Davon barrierefreier Umbau mit vertretbarem Aufwand möglich	45	38 %
- Davon barrierefreier Umbau mit erhöhtem Aufwand möglich	24	20 %

Da es in Leonberg einige Haltestellen gibt, die die Anforderungen an einen Hochbusbord erfüllen, jedoch kein Blindenleitsystem aufweisen, schlagen die Stadtwerke vor ein Blindenleitsystem an diesen Haltestellen nachzurüsten.

Insgesamt können in Leonberg noch 45 weitere Haltestellen mit vertretbarem Aufwand barrierefrei aus- bzw. umgebaut werden (siehe Anlage Nr. 1). Ein Vorschlag zur Priorisierung für die Jahre 2018 und 2019 wurde seitens der Stadtwerke in Abstimmung mit dem Arbeitskreis Inklusion vorgenommen.

Priorisierungsvorschlag der Stadtwerke Leonberg und dem Arbeitskreis Inklusion

Priorität 2018/2019	Teilort	Haltestelle	Richtung	Begründung
Phase 1	Leonberg	JKG	Beide Richtungen	Stark frequentiert
	Leonberg	ASG	Bahnhof	Stark frequentiert
Phase 2	Leonberg	Samariterstift	Beide Richtungen	Seniorenheim in der Nähe
	Leonberg	Schleiermacherstr	Bahnhof	Seniorenheim in der Nähe
Phase 3	Ramtel	Gerlinger Str.	Bahnhof + Friedhof	Atrio in der Nähe
Phase 4	Eltingen	Geislinger Str. 51	Beide Richtungen	Großes Wohngebiet
Phase 5	Gebersheim	Carl-Zeiss-Str.	Beide Richtungen	Als einzige Haltestelle in Gebersheim umbaufähig
Phase 6	Höfingen	Lachentorstr.	Leonberg	Stark frequentiert
Phase 7	Warmbronn	Ortmitte	Leonberg	Stark frequentiert

Die Priorisierung der Stadtwerke entspricht den Vorgaben des Nahverkehrsplanes. Im Nahverkehrsplan werden folgende Haltestellen priorisiert:

- Mindestens eine Haltestelle pro Teilort
- Haltestellen an Einrichtungen, die von Personen mit eingeschränkter Mobilität genutzt werden (z. B. Behindertenwerkstätten, Seniorenheime)
- Stark frequentierte Haltestellen mit über 1.000 Ein-, Aus- und Umsteigern pro Werktag (z. B. an Schulen oder Einkaufszentren)

Unabhängig dieser Prioritätenliste wird bei einer Straßenbaumaßnahme, die an einer Haltestelle stattfindet, ein barrierefreier Umbau der Bushaltestelle realisiert, um Synergieeffekte zu nutzen.

Weiteres Vorgehen

Die Umsetzung des Beschlusses.

Alternativen zum Beschlussvorschlag

Eine alternative Priorisierung der Bushaltestellen.

Finanzierungsübersicht

In den Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke Leonberg sind für den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen 200.000 € eingestellt, von denen 150.000 € mit einem Sperrvermerk versehen sind. Der Sperrvermerk muss vom Gemeinderat aufgehoben werden

Klaus Brenner
Bürgermeister

Dr. Ulrich Vonderheid
Erster Bürgermeister

Martin G. Kaufmann
Oberbürgermeister

1	Anlage 1. Alle umbaufähigen Haltestellen mit vertretbarem Aufwand
2	Anlage 2. Alle umbaufähigen Haltestellen mit erhöhtem Aufwand
3	Anlage 3. Alle bereits umgebauten Haltestellen
4	Anlage 4. Alle Haltestellen, die nicht umbaufähig sind

Teilort	Name	Richtung	Priorisierung lt. NVP	Priorisierung lt. SWL	Fördermittel in Anspruch genommen	Status Quo					Umbau möglich					Zeitraum Umbau	Bemerkung
						Hochboard in cm	Blindenleitstreifen	Manövrierfläche Rollstuhl	Stufenloser Zugang	Sitzgelegenheit	Ja / Nein	Hochboard in cm	Blindenleitstreifen	Manövrierfläche Rollstuhl	Stufenloser Zugang		
Leonberg	A.-Schweitzer- Gymn.	Bahnhof	Ja	Ja	Nein	15	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Mit Umgestaltung, Radweg rausnehmen, Kasseler
Leonberg	Gartenstadt	Leonberg				14	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja	Apr 18	Zusammen mit Sanierung Kreisstraße
Leonberg	Gartenstadt	Rutesheim				14	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja	Apr 18	Zusammen mit Sanierung Kreisstraße
Leonberg	Joh.-Kepler-Gymn.	Bahnhof	Ja	Ja	Nein	15	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Leonberg	Joh.-Kepler-Gymn.	Altstadt	Ja	Ja	Nein	10	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Leonberg	Krankenhaus	Bahnhof	Ja		Nein	10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Leonberg	Samariterstift	Bahnhof	Ja	Ja	Nein	15	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Leonberg	Samariterstift	Blosenbergkirche	Ja	Ja	Nein	13	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Leonberg	Schleiermacherstr.	Bahnhof		Ja		10	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Leonberg	Seegarten	Blosenbergkirche				15	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Ist neu gemacht
Leonberg	Törlensweg	Bahnhof				13	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja	2020	Machbar, Zusammen mit Ausbau Bahnhofstr.
Eltingen	Brennerstr.	Bahnhof				12	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Mit Kasseler Sonderbord
Eltingen	Brennerstr.	Ezach				12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Mit Kasseler Sonderbord
Eltingen	Gebersh.-/Roseggerstr.	Stadtmitte				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Geislinger Str. 21	Bahnhof				4	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Geislinger Str. 21	Geisl.Str. 51				4	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Geislinger Str. 3	Geisl.Str. 51				4	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Evtl. Verlegung H-Mast wg. Zufahrt
Eltingen	Geislinger Str. 51	Bahnhof		Ja		14	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Geislinger Str. 51	Ellwanger Str.		Ja		14	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Leobad	Bahnhof				12	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Leobad	Warmbronn				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Leo-Center (Pos. 3) Saturn	Höfingen	Ja		Nein	12	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Leonberger Straße	Leo-Center				12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Mörike-Schule	Warmbronn				14	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / wichtig
Eltingen	Niederhofen	Bahnhof				15	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Niederhofen	Warmbronn				13	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Schopfloch	Bahnhof				12	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Eltingen	Tiroler Str.	Bahnhof				15	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Ramtel	August-Lämmle-Schule	Bahnhof				12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Ramtel	Gerlinger Str.	Bahnhof	Ja	Ja	Nein	8	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / wichtig
Ramtel	Gerlinger Str.	Waldfriedhof	Ja	Ja	Nein	10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / wichtig
Ramtel	Hirschberger Str.	Bahnhof				15	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar, Wartehalle stellen, Grunstk. abkaufen
Ramtel	Waldfriedhof	Bahnhof				12	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / wichtig
Gebersheim	Carl-Zeiss-Str.	Leonberg		Ja		9	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Gebersheim	Carl-Zeiss-Str.	Rutesheim		Ja		13	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Höfingen	Albert-Schw.-Str.	Elsa-Brandström-Str.				11	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Höfingen	Albert-Schw.-Str.	Leonberg				15	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Höfingen	Haydnstr.	Leonberg / Höfingen				3	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Höfingen	Lachentorstr.	Albert-Schweitzer-Str.				15	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Höfingen	Lachentorstr.	Leonberg		Ja		6	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Warmbronn	Büsnauer Str. 41	Böblingen				12	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Verlegung H-Schild
Warmbronn	Büsnauer Str. 41	Leonberg				12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Warmbronn	Büsnauer Str. 6	Böblingen				12	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Warmbronn	Ortsmitte	Leonberg		Ja		12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Warmbronn	Talackerstr.	Ortsmitte / Böblingen				8	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar

Teilort	Name	Richtung	Priorisierung lt. NVP	Priorisierung lt. SWL	Fördermittel in Anspruch genommen	Status Quo					Umbau möglich					Zeitraum Umbau	Bemerkung
						Hochboard in cm	Blindenleitstreifen	Manövrierfläche Rollstuhl	Stufenloser Zugang	Sitzgelegenheit	Ja / Nein	Hochboard in cm	Blindenleitstreifen	Manövrierfläche Rollstuhl	Stufenloser Zugang		
Leonberg	Belforter Platz	Altstadt				13	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur eine Fahrt am Tag
Leonberg	Feuerbacher Str.	Bahnhof				4	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja	Nach 2022	Umleitung Engelbergtunnel, Mit Fahrbahnsan.
Leonberg	Justinus-Kerner-Str.	Bahnhof				15	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar/Nur eine Fahrt am Tag/ evtl. Wegfall
Leonberg	Krankenhaus	Rutesheim	Ja		Nein	10	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur mit erhöhtem Aufwand
Leonberg	Seegarten	Bahnhof				9	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur mit erhöhtem Aufwand
Leonberg	Törlensweg	Altstadt				11	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja	2020	Machbar mit erhöht. Aufw. / Ausbau BHF-Str.
Eltingen	Carl-Schmincke-Str.	Bahnhof				10	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur mit erhöhtem Aufwand
Eltingen	Carl-Schmincke-Str.	Glemseckstr.				10	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur mit erhöhtem Aufwand
Eltingen	Frauenkreuz	Leonberg				12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Wenig Frequenz
Eltingen	Frauenkreuz	Sindelfingen				12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Wenig Frequenz
Eltingen	Gebersh./Roseggerstr.	Warmbronn				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / erhöht. Aufwand / Evtl. Verlegung
Eltingen	Geislinger Str. 3	Bahnhof				5	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur mit erhöhtem Aufwand
Eltingen	Glemseck	Büsnau				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar, Kreissfläche, Sanierung Landesstr.
Eltingen	Glemseck	Leonberg				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar, Kreissfläche, Sanierung Landesstr.
Eltingen	Glemseckstr.	Ramtel				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur mit erhöhtem Aufwand
Eltingen	Rappenhof	Büsnau				12	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Kreisfläche / wenig Frequenz
Eltingen	Rappenhof	Leonberg				0	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Kreisfläche / wenig Frequenz
Eltingen	Schumisberg	Büsnau				0	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Kreisfläche / wenig Frequenz
Eltingen	Schumisberg	Leonberg				0	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Kreisfläche / wenig Frequenz
Ramtel	Gerlinger Str.	ALS / ASG / Warmbronn	Ja		Nein	12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur 2 Fahrten pro Tag
Ramtel	Neue Ramtelstr.	Bahnhof				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Wenig Frequenz
Ramtel	Neue Ramtelstr.	Waldfriedhof				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Wenig Frequenz
Höfingen	Varnbühlerstr.	Leonberg / Höfingen	Ja		Nein	11	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur mit erhöhtem Aufwand
Warmbronn	Büsnauer Str. 6	Leonberg				12	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar / Nur mit erhöhtem Aufwand

Name	Richtung	Priorisierung lt. NVP	Priorisierung lt. SWL	Fördermittel in Anspruch genommen	Status Quo					Umbau möglich					Zeitraum Umbau	Bemerkung
					Hochboard in cm	Blindenleitstreifen	Manövrierfläche Rollstuhl	Stufenloser Zugang	Sitzgelegenheit	Ja / Nein	Hochboard in cm	Blindenleitstreifen	Manövrierfläche Rollstuhl	Stufenloser Zugang		
Altstadt	Bahnhof	Ja		Nein	17	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Altstadt	Ditzingen	Ja		Nein	18	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Belforter Platz	Bahnhof				18	Ja	Ja	Ja	Ja	-					Okt 17	
Bildstöckle	Bahnhof				17	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Bildstöckle	Schillerhöhe				17	Nein	Ja	Ja	Nein	-						
Blosenbergkirche	Bahnhof	Ja		Nein	18	Ja	Ja	Ja	Nein	-					Okt 17	Kasseler Sonderbord verwendet
Engelberg	Bahnhof				16	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Engelberg	Schillerhöhe				17	nein	Ja	Ja	Ja	-						
Golfplatz	Bahnhof				16	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Golfplatz	Schillerhöhe				16	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Römerstraße (Kaufland)	Bahnhof				18	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Römerstraße (Kaufland)	Stadtmitte				17	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Strohgäustr.	Bahnhof				18	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Strohgäustr.	Höfingen				18	Nein	Ja	Ja	Nein	-						
Ellwanger Str.	Bahnhof				18	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		
Leo-Center (Pos. 1)	Bahnhof	Ja		Nein	16	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Mörike-Schule	Bahnhof				17	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	18	Ja	Ja	Ja		
Schopfloch	Warmbronn				16	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Göppinger Straße (LEWA)	Bahnhof				17	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Göppinger Straße (LEWA)	Waldfriedhof				19	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Leonberger Dreieck	Bahnhof				17	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Leonberger Dreieck	Büsnau				17	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Am Schloßberg	Hemmingen	Nein		Nein	18	Ja	Ja	Ja	Nein	-					Dez 17	
Am Schloßberg	Leonberg	Nein		Nein	18	Ja	Ja	Ja	Ja	-					Dez 17	
Elsa-Brandström-Str.	Leonberg / Hemmingen				17	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	18	Ja	Ja	Ja		Machbar
Hirschlander Str.	Leonberg	Ja		Nein	10	Nein	Ja	Ja	Ja	-						
Rathaus	Hemmingen	Ja		Nein	18	Nein	Ja	Ja	Nein						Dez 17	
Rathaus	Leonberg	Ja		Nein	18	Nein	Ja	Ja	Ja						Dez 17	
Hauptstr. 77	Böblingen	Ja		Nein	17	Nein	Ja	Ja	Nein						Dez 17	
Hauptstr. 77	Leonberg	Ja		Nein	17	Nein	Ja	Ja	Ja						Dez 17	
Lauerhalde	Böblingen				18	Nein	Ja	Ja	Nein						Dez 17	
Lauerhalde	Leonberg				18	Nein	Ja	Ja	Ja						Dez 17	

Name	Richtung	Priorisierung lt. NVP	Priorisierung lt. SWL	Fördermittel in Anspruch genommen	Status Quo					Umbau möglich					Zeitraum Umbau	Bemerkung
					Hochboard in cm	Blindenleitstreifen	Manövrierfläche Rollstuhl	Stufenloser Zugang	Sitzgelegenheit	Ja / Nein	Hochboard in cm	Blindenleitstreifen	Manövrierfläche Rollstuhl	Stufenloser Zugang		
A.-Schweitzer- Gymn.	Leo-Center	Ja		Nein	5	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten zu Parkplätzen
Feuerbacher Str.	Ditzingen				3	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten
Glemseckstr.	Bahnhof				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten
Hertichstr. 33	Bahnhof				3	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wg. Zufahrten / Evtl. Verlegung Acon
Hertichstr. 33	Warmbronn				3	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Parkplätzen
Hertichstr. 73	Bahnhof				3	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten
Hertichstr. 73	Warmbronn				3	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten
Leo-Center (Pos. 2)	Warmbronn	Ja		Nein	14	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wg. Topographie
Leonberger Straße	Warmbronn				12	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten
Tiroler Str.	Ramtel				4	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten
Gerlinger Str.	Warmbronn	Ja		Nein		Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Haltestelle derzeit aufgehoben, waren Mo-Fr je 4 Fahrten, Fahrgastaufkommen sehr gering
Hirschberger Str.	Ramtel				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Parkplätzen
Greutstraße	Leonberg				10	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Entfallen seit 10.12.2017
Rathaus	Leonberg	Ja		Nein	4	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten
Rathaus	Rutesheim	ja		Nein	4	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Wendepalte
Alter Bahnhofsweg	Leonberg / Höfingen				11	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten und Schächten
Hirschlander Str.	Hemmingen	Ja		Nein	11	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	-	-	-	-	-	Nicht möglich wegen Zufahrten
Betriebshof	Endhaltestelle								Nein	Nein						Nur Endhaltestelle Fa. Kappus

Anzahl

18

2018/067

öffentlich



Dezernat B
Kämmerei

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.06.2018	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.06.2018	Ö

Finanzbericht zum 31.03.2018

Kenntnisnahme

Von der Entwicklung des Haushaltsjahres 2018 zum Stichtag 31.03.2018 und der Hochrechnung zum 31.12.2018 wird Kenntnis genommen.

1. Ziel der Maßnahme

Zeitnahe Information der Gremien über die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltsjahres.

2. Sachverhalt

Ab dem Haushaltsjahr 2018 informiert die Verwaltung jährlich mit drei Finanzberichten über die Entwicklung des jeweiligen Haushaltsjahres.

Mit dem vorliegenden Finanzbericht zum 31.03.2018 informiert die Verwaltung zum einen über die Entwicklung des Haushaltsjahres 2018 zum Stichtag 31.03.2018. Zum anderen erfolgt unter Berücksichtigung der bereits bekannten wesentlichen Veränderungen eine Hochrechnung zum 31.12.2018 und damit eine vorläufige Prognose über die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltsjahres 2018.

Insgesamt ist in der **Ergebnisrechnung** unter Berücksichtigung der derzeit bekannten und zu erwartenden Veränderungen von einer Ergebnisverbesserung beim **ordentlichen Ergebnis** zum Jahresende um rund 2,7 Mio. EUR auszugehen. Entgegen der Planung, ein Fehlbetrag von 1,2 Mio. EUR ist veranschlagt, wird ein positives ordentliches Ergebnis von rund 1,5 Mio. EUR erwartet. Beim **Gesamtergebnis** (ordentliches Ergebnis und Sonderergebnis) ist auf Grund einer deutlichen Verbesserung von rund 3,6 Mio. EUR ein Ergebnis von fast 7,7 Mio. EUR zu erwarten.

Die positive Entwicklung der Ergebnisrechnung wirkt sich auch auf die **Finanzrechnung** aus, da der Zahlungsmittelüberschuss aus der Ergebnisrechnung um über 3,1 Mio. EUR höher ausfällt. Durch den höheren Zahlungsmittelüberschuss und die um fast 11,9 Mio. EUR geringeren Investitionsauszahlungen muss die Kreditaufnahme nicht wie geplant erfolgen.

Insgesamt ist eine Prognose zum jetzigen Zeitpunkt noch von vielen Unsicherheiten geprägt und es können nicht zu allen geplanten Erträgen und Aufwendungen im Ergebnishaushalt sowie Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt verlässliche Aussagen getroffen werden. Jedoch zeichnet sich auf Grund der insgesamt weiterhin steigenden Steuereinnahmen von Bund und Land schon jetzt ab, dass sich diese auch auf den Haushalt der Stadt Leonberg positiv auswirken werden.

2.1 Entwicklung des Haushaltsjahres 2018 zum Stichtag 31.03.2018

2.1.1 Anteilige Ergebnisrechnung

In Tausend Euro	Plan anteilig 01.01.-31.03.2018	Ergebnis zum 31.03.2018	Abweichung 01.01.-31.03.2018
Ordentliche Erträge	34.076	23.388	-10.688
Ordentliche Aufwendungen	-34.383	-30.237	-4.146
Ordentliches Ergebnis	-306	-6.848	-6.542
Sonderergebnis	1.316	0	-1.316
Gesamtergebnis	+1.010	-6.848	-7.858

Die Entwicklung der **Gesamtergebnisrechnung** zum Stichtag 31.03.2018 ist in der Übersicht „Ergebnisrechnung zum 31.03.2018“ dargestellt und die Abweichungen sind zusammenfassend erläutert (Anlage 1).

2.1.2 Anteilige Finanzrechnung

In Tausend Euro	Plan anteilig 01.01.-31.03.2018	Ergebnis zum 31.03.2018	Abweichung 01.01.-31.03.2018
Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	33.653	24.498	-9.154
Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	-31.402	-29.056	-2.346
Zahlungsmittel-Überschuss/-bedarf	2.250	-4.588	-6.808
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.620	1.386	-2.234
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-12.050	-3.922	-8.129
Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.430	-2.535	-5.895
Einzahlungen aus Kreditaufnahme	5.750	0	-5.750
Auszahlungen für Kredittilgung	-1.631	-1.628	-3
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	+4.119	-1.628	-5.747

Die Entwicklung der **Gesamtfinanzrechnung** zum Stichtag 31.03.2018 ist in der Übersicht

„Finanzrechnung zum 31.03.2018“ dargestellt und die Abweichungen sind zusammenfassend erläutert (Anlage 2).

2.1.3 Entwicklung der Liquidität

Stand der Liquiden Mittel zum 01.01.2018	16.379.769 EUR
Veränderung bis 31.03.2018	- 5.720.030 EUR
Stand der Liquiden Mittel zum 31.03.2018	10.659.739 EUR

2.1.3 Entwicklung des Schuldenstandes

Stand der Schulden zum 01.01.2018	90.319.776 EUR
Einzahlungen aus Kreditaufnahme	0 EUR
Auszahlungen zur Tilgung von Krediten	- 1.627.823 EUR
Schuldenstand zum 31.03.2018	88.691.296 EUR

2.2 Hochrechnung zum 31.12.2018

2.2.1 Gesamtergebnisrechnung

In Tausend Euro	Plan 2018	Hochrechnung zum 31.12.2018	Abweichungen
Ordentliche Erträge	136.305	139.473	+ 3.168
Ordentliche Aufwendungen	-137.531	-137.928	+ 397
Ordentliches Ergebnis	-1.225	1.545	+ 2.771
Sonderergebnis	5.263	6.114	+ 852
Gesamtergebnis	4.037	7.660	+ 3.623

Die voraussichtliche Entwicklung der **Gesamtergebnisrechnung** zum 31.12.2018 ist in der Übersicht „Ergebnisrechnung mit Hochrechnung zum 31.12.2018“ dargestellt und die Abweichungen sind zusammenfassend erläutert (Anlage 3). Die detaillierte Aufstellung der einzelnen voraussichtlichen Änderungen zum Jahresende ist der Anlage 5 „Ergebnisrechnung, voraussichtliche Änderungen zum 31.12.2018“ zu entnehmen.

Insgesamt ist festzustellen, dass in der Prognose die Verbesserung der **Erträge** von rund 3.168 TEUR fast ausschließlich aus den Anteilen an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer mit 1.022 TEUR sowie den FAG-Zuweisungen mit 2.000 TEUR resultieren. Hierbei wurden die am 22.05.2018 veröffentlichten Daten aus der Mai-Steuerschätzung mit berücksichtigt.

Die voraussichtlichen Abweichungen bei den **Aufwendungen** sind mit rund 397 TEUR noch gering. Bei den Personalaufwendungen wird derzeit davon ausgegangen, dass das geplante Budget ausreichen wird. Jedoch wird der Ansatz für die Stellenausschreibungen überschritten, die Veränderung ist noch nicht berücksichtigt, da davon ausgegangen wird, dass diese Mehraufwendungen innerhalb des Personalbudgets gedeckt werden können.

2.2.2 Gesamtfinanzrechnung

In Tausend Euro	Plan 2018	Hochrechnung zum 31.12.2018	Abweichungen
Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	134.610	137.778	+ 3.168
Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	-125.609	-125.586	-23
Zahlungsmittel- Überschuss/-bedarf	9.001	12.146	+ 3.145
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	14.482	15.173	+ 691
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-43.218	-32.638	-10.579
Saldo aus Investiti- onstätigkeit	-28.736	-17.466	-11.270
Einzahlungen aus Kreditaufnahme	23.000	5.465	-17.535
Auszahlungen für Kredittilgung	-6.525	-6.525	0
Saldo aus Finan- zierungstätigkeit	+16.475	-1.060	-17.535

Die voraussichtliche Entwicklung der **Gesamtfinanzrechnung** zum 31.12.2018 ist in der Übersicht „Finanzrechnung mit Hochrechnung zum 31.12.2018“ dargestellt und die Abweichungen sind zusammenfassend erläutert (Anlage 4).

In der Finanzrechnung wirken sich zum einen die Änderungen der zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen der Ergebnisrechnung aus. Die Veränderungen führen zu einem höheren oder geringeren Zahlungsmittelüberschuss bzw. Zahlungsmittelbedarf der Ergebnisrechnung. Die vorliegende Hochrechnung geht von einer Verbesserung des Zahlungsmittelüberschusses um 3.145 T EUR von 9.001 TEUR auf 12.146 TEUR aus.

Zum anderen wirken sich Änderungen bei den veranschlagten Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen auf die Finanzrechnung aus. Es ist davon auszugehen, dass bis zum Jahresende 2018 insgesamt rund 11.879 TEUR weniger Auszahlungen aus Investitionstätigkeit fließen werden. Die voraussichtlichen Änderungen zum Jahresende bei den Investitionsmaßnahmen sind in der Übersicht „Investitionen, voraussichtliche Änderungen zum 31.12.2018“ (Anlage 6) zusammengestellt und erläutert. Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit reduzieren sich auf Grund der zeitlichen Verschiebung von Baumaßnahmen mit Auswirkung auf die Haushaltsjahre 2019 ff. Ohne Berücksichtigung der Darlehen an den Eigenbetrieb Stadthalle und die Pflegeverbund Strohgäu-Glems gGmbH sinkt die Investitionstätigkeit in 2018 damit von fast 43.218 TEUR auf rund 31.338 TEUR und die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit steigen geringfügig um 191 TEUR an, so dass insgesamt eine Verbesserung beim Saldo aus Investitionstätigkeit von rund 12 Mio. EUR von geplant -28.736 TEUR auf -16.666 TEUR erzielt wird.

Sowohl die Änderung des Zahlungsmittelüberschusses als auch die Änderung des Saldo aus Investitionstätigkeit wirken sich auf die Höhe der Kreditaufnahme aus. Des Weiteren erfolgt eine um 3.120 TEUR höhere Entnahme aus der Liquidität. Die vorliegende Hochrechnung geht deshalb von einer Kreditaufnahme rund 5.465 TEUR (-17.535 TEUR gegenüber Plan) aus.

2.2.3 Entwicklung der Liquidität

Stand der Liquiden Mittel zum 01.01.2018	16.379.769 EUR
Voraussichtlicher Stand der Liquiden Mittel zum 31.12.2018	10.000.000 EUR
Voraussichtliche Veränderung	- 6.379.769 EUR

2.2.3 Entwicklung des Schuldenstandes

Stand der Schulden zum 01.01.2018	90.319.776 EUR
Voraussichtlicher Stand der Schulden zum 31.12.2018	89.259.498 EUR
Voraussichtliche Veränderung	- 1.060.278 EUR

3. Weiteres Vorgehen

Für das Haushaltsjahr 2018 sind zwei weitere Berichte zur Entwicklung des Haushaltsjahres vorgesehen:

- Finanzbericht zum Stichtag 30.06.2018
→ Finanz- und Verwaltungsausschuss am 20.09.2018
Gemeinderat am 25.09.2018
- Finanzbericht zum Stichtag 30.09.2018
→ Finanz- und Verwaltungsausschuss am 15.11.2018
Gemeinderat am 20.11.2018

Dr. Ulrich Vonderheid
Erster Bürgermeister

Martin G. Kaufmann
Oberbürgermeister

Anlage/n

1	Anlage 1 Ergebnisrechnung zum 31.03.2018
2	Anlage 2 Finanzrechnung zum 31.03.2018
3	Anlage 3 Ergebnisrechnung mit Hochrechnung zum 31.12.2018
4	Anlage 4 Finanzrechnung mit Hochrechnung zum 31.12.2018
5	Anlage 5 Ergebnisrechnung, voraussichtliche Änderungen zum 31.12.2018
6	Anlage 6 Investitionen, voraussichtliche Änderungen zum 31.12.2018

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	01.01.2018 - 31.03.2018			Hinweise zu den Abweichungen zum Stichtag 31.03.2018
		Ansatz	Ergebnis	Abweichung in EUR	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	20.357.500	10.671.678	-9.685.822	Die Erträge aus Steuern werden im Laufe des Jahres erfasst. Das aufgeführte Ergebnis liegt um rund 680 T € über dem Niveau des Vergleichszeitraums 2017.
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	7.445.950	7.369.725	-76.225	
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	423.750	423.750	0	Die Verbuchung wurde noch nicht durchgeführt. Bei der Berechnung ist der Planansatz berücksichtigt.
4	+ Sonstige Transfererträge	22.125	21.751	-374	
5	+ Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	3.950.350	3.097.911	-852.439	Das Ergebnis liegt in etwa auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums.
6	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	798.941	930.199	131.258	
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	191.137	131.981	-59.156	Das Ergebnis liegt in etwa auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums.
8	+ Zinsen und ähnliche Erträge	11.825	14.920	3.095	
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	874.750	726.558	-148.192	Das Ergebnis liegt in etwa 150 T € unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Zum 31.03.2018 waren noch nicht alle Annahmeanordnungen erfasst.
11	= Ordentliche Erträge	34.076.328	23.388.472	-10.687.856	
12	- Personalaufwendungen	-9.281.827	-8.179.856	-1.101.972	Bei den Personalaufwendungen werden 3/12 des Ansatzes in der Berechnung berücksichtigt, also auch die Jahressonderzahlungen, die erst im vierten Quartal geleistet werden.
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-7.165.122	-5.083.676	-2.081.446	Unter der lfd. Nr. 14 sind u.a. die Erhaltungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an Gebäuden, Straßen etc. veranschlagt. Die Ausschreibungen und Vergaben der Maßnahmen laufen.
15	- Abschreibungen	-2.953.063	-2.953.063	0	
16	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-560.875	-507.385	-53.490	
17	- Transferaufwendungen	-13.796.594	-12.729.167	-1.067.427	
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-625.208	-783.418	158.210	Hier sind u.a. die Aufwendungen für den Winterdienst veranschlagt, die erst im vierten Quartal wieder anfallen werden (derzeit -200 T€).
19	= Ordentliche Aufwendungen	-34.382.689	-30.236.565	-4.146.124	
20	= Ordentliches Ergebnis	-306.361	-6.848.093	-6.541.731	

Ertrags- und Aufwandsarten Nr.	01.01.2018 - 31.03.2018			Hinweise zu den Abweichungen zum Stichtag 31.03.2018	
	Ansatz	Ergebnis	Abweichung in EUR		
21 +	Außerordentliche Erträge	1.315.636	0	-1.315.636	Die außerordentlichen Erträge aus den Grundstücksverkäufen wurden zum Stichtag 31.03. noch nicht realisiert, mit Abschluss der Kaufverträge wurde im zweiten Quartal begonnen.
23 =	Sonderergebnis	1.315.636	0	-1.315.636	
24 =	Gesamtergebnis	1.009.275	-6.848.093	-7.857.367	

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	01.01.2018 bis 31.03.2018			Hinweise zu den Abweichungen zum Stichtag 31.03.2018
		Ansatz	Ergebnis	Abweichung in EUR	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	20.357.500	11.279.604	-9.077.896	Abweichungen zum Ergebnishaushalt ergeben sich im Finanzhaushalt u.a. aus den nachfolgenden Gründen. Im Haushaltsplan wird davon ausgegangen, dass Ertrag und Einzahlung bei zahlungswirksamen Erträgen gleichzeitig erfolgen. Daher gibt es im Haushaltsplan bei den zahlungswirksamen Erträgen keine Abweichung zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt. Mit Festsetzung einer Forderung wird der Ertrag gebucht, die Einzahlungen auf die Forderungen erfolgen nicht zeitgleich. Des Weiteren können Ertrag und Einzahlung in unterschiedlichen Haushaltsjahren erfolgen.
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.445.950	7.408.940	-37.010	
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	22.125	26.966	4.841	
4	+ Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	3.950.350	3.946.026	-4.324	
5	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	798.941	1.056.706	257.766	
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	191.138	170.641	-20.497	
7	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	11.825	3.095	-8.730	
8	+ Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	874.750	606.115	-268.635	
9	= Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	33.652.578	24.498.093	-9.154.485	
10	- Personalauszahlungen	-9.279.439	-8.177.536	-1.101.903	Abweichungen zum Ergebnishaushalt ergeben sich im Finanzhaushalt u.a. aus den nachfolgenden Gründen. Im Haushaltsplan wird davon ausgegangen, dass Aufwand und Auszahlung bei zahlungswirksamen Aufwendungen gleichzeitig erfolgen. Daher gibt es im Haushaltsplan bei den zahlungswirksamen Aufwendungen keine Abweichung zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt. Zahlungen erfolgen jeweils zu ihrer Fälligkeit und nicht mit Erfassung der Rechnung und Buchung des Aufwands im System. Des Weiteren können Aufwand und Auszahlung in unterschiedlichen Haushaltsjahren erfolgen.
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-7.165.123	-5.725.557	-1.439.566	
13	- Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-560.875	-484.433	-76.442	
14	- Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	-13.796.594	-13.677.424	-119.170	
15	- Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	-600.208	-991.475	391.267	
16	= Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-31.402.238	-29.056.425	-2.345.813	
17	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	2.250.340	-4.558.332	-6.808.672	Der Zahlungsmittelüberschuss errechnet sich aus der lfd. Nr. 9 abzüglich der lfd. Nr. 16.

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	01.01.2018 bis 31.03.2018			Hinweise zu den Abweichungen zum Stichtag 31.03.2018
		Ansatz	Ergebnis	Abweichung in EUR	
18	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	800.088	202.171	-597.917	Die Abrechnung von Investitionszuwendungen hängt von der Ausführung der Maßnahmen sowie dem Zeitpunkt der Bewilligung und Auszahlung der Zuwendungen ab.
19	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	404.275	57.397	-346.878	Die Abrechnung von Erschließungsbeiträgen hängt von der Ausführung und Fertigstellung der Erschließungsmaßnahmen ab.
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	2.322.457	1.126.877	-1.195.580	Die Grundstücksverkäufe wurden noch nicht im geplanten Umfang durchgeführt, Fahrzeugverkäufe werden erst nach Lieferung der Neuanschaffungen getätigt.
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	325	0	-325	
22	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	93.250	0	-93.250	Die Einzahlungen aus der Abwicklung des Erbe Beck ist hier veranschlagt und hängt von der Ausführung der geplanten Maßnahmen ab.
23	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.620.395	1.386.445	-2.233.950	
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-1.695.065	-715.618	-979.447	
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.819.186	-1.732.264	-6.086.922	
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-832.224	-150.492	-681.732	
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-42.625	-1.319.213	1.276.588	Die an verbundene Unternehmen bewilligten kurzfristigen Darlehen mit 1,3 Mio. € wurden in 2018 ausbezahlt.
28	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-1.661.100	-4.000	-1.657.100	
30	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-12.050.200	-3.921.586	-8.128.614	
31	= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-8.429.805	-2.535.141	-5.894.664	
32	= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-6.179.466	-7.093.473	914.008	Die Reduzierung des Finanzierungsmittelbedarfs ergibt sich aus der Summe von lfd. Nr. 17 und lfd. Nr. 31.
33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbare Vorgängen für Investitionen	5.750.000	0	-5.750.000	
34	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-1.631.250	-1.627.823	-3.427	
35	= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	4.118.750	-1.627.823	-5.746.573	
36	= Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	-3.259.561	-8.721.296	-4.832.566	

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	01.01.2018 - 31.12.2018			Hinweise zu den Abweichungen zum Stichtag 31.12.2018
		Ansatz 2018	Hochrechnung zum 31.12.	Abweichung in EUR	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	81.430.000	82.452.000	1.022.000	Summe der Erträge aus Anlage 5, lfd. Nr. 1-3
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	29.783.800	31.784.650	2.000.850	Summe der Erträge aus Anlage 5, lfd. Nr. 4-7
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	1.695.000	1.695.000	0	Die Verbuchung wurde noch nicht durchgeführt. Bei der Hochrechnung ist der Planansatz berücksichtigt.
4	+ Sonstige Transfererträge	88.500	88.500	0	
5	+ Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	15.801.400	15.801.400	0	
6	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	3.195.762	3.299.962	104.200	Summe der Erträge aus Anlage 5, lfd. Nr. 8-9
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	764.550	755.350	-9.200	Erträge aus Anlage 5, lfd. Nr. 10
8	+ Zinsen und ähnliche Erträge	47.300	47.300	0	
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.499.000	3.549.000	50.000	Erträge aus Anlage 5, lfd., Nr. 11
11	= Ordentliche Erträge	136.305.312	139.473.162	3.167.850	
12	- Personalaufwendungen	-37.127.307	-37.127.307	0	
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-28.660.490	-28.721.390	60.900	Summe der Aufwendungen aus Anlage 5, lfd. Nr. 13-21
15	- Abschreibungen	-11.812.250	-12.232.250	420.000	Summe der Aufwendungen aus Anlage 5, lfd. Nr. 23-24
16	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.243.500	-2.243.500	0	
17	- Transferaufwendungen	-55.186.375	-55.102.575	-83.800	Aufwendungen aus Anlage 5, lfd. Nr. 22
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.500.833	-2.500.833	0	
19	= Ordentliche Aufwendungen	-137.530.754	-137.927.855	397.100	
20	= Ordentliches Ergebnis	-1.225.442	1.545.307	2.770.750	
21	+ Außerordentliche Erträge	5.262.542	6.114.293	851.751	außerordentliche Erträge aus Anlage 5, lfd., Nr. 12
23	= Sonderergebnis	5.262.542	6.114.293	851.751	
24	= Gesamtergebnis	4.037.100	7.659.601	3.622.501	

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	01.01.2018 - 31.12.2018			Hinweise zu den Abweichungen zum Stichtag 31.12.2018
		Ansatz 2018	Hochrechnung zum 31.12.	Abweichung in EUR	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	81.430.000	82.452.000	1.022.000	Summe der zahlungswirksamen Erträge aus Anlage 5, lfd. Nr. 1-3
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	29.783.800	31.784.650	2.000.850	Summe der zahlungswirksamen Erträge Anlage 5, lfd. Nr. 4-7
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	88.500	88.500	0	
4	+ Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	15.801.400	15.801.400	0	
5	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	3.195.762	3.299.962	104.200	Summe der zahlungswirksamen Erträge aus Anlage 5, lfd. Nr. 8-9
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	764.550	755.350	-9.200	Summe der zahlungswirksamen Erträge aus Anlage 5, lfd. Nr. 10
7	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	47.300	47.300	0	
8	+ Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	3.499.000	3.549.000	50.000	zahlungswirksame Erträge aus Anlage 5, lfd., Nr. 11
9	= Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	134.610.312	137.778.162	3.167.850	
10	- Personalauszahlungen	-37.117.755	-37.117.755	0	
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-28.660.490	-28.721.390	60.900	Summe der zahlungswirksamen Aufwendungen aus Anlage 5, lfd. Nr. 13-21
13	- Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-2.243.500	-2.243.500	0	
14	- Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	-55.186.375	-55.102.575	-83.800	zahlungswirksame Aufwendungen aus Anlage 5, lfd. Nr. 22
15	- Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	-2.400.833	-2.400.833	0	
16	= Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-125.608.953	-125.586.053	-22.900	
17	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	9.001.359	12.146.309	3.144.950	Der Zahlungsmittelüberschuss errechnet sich aus der lfd. Nr. 9 abzüglich der lfd. Nr. 16.

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	01.01.2018 - 31.12.2018			Hinweise zu den Abweichungen zum Stichtag 31.12.2018
		Ansatz 2018	Hochrechnung zum 31.12.	Abweichung in EUR	
18	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	3.200.350	2.778.350	-422.000	Summe der Einzahlungen aus Anlage 6, lfd. Nr. 3-8
19	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	1.617.100	1.617.100	0	
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	9.289.829	10.092.800	802.971	Summe der Einzahlungen aus Anlage 6, lfd. Nr. 1-2
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	1.300	501.300	500.000	Rückzahlung des an den Eigenbetrieb Stadthalle kurzfristig gewährten Darlehens
22	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	373.000	183.000	-190.000	Einzahlungen aus Anlage 6, lfd. Nr. 9
23	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	14.481.579	15.172.550	690.971	
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-6.780.261	-4.114.261	-2.666.000	Summe der Auszahlungen aus Anlage 6, lfd. Nr. 11-12
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-31.276.745	-22.042.995	-9.233.750	Summe der Auszahlungen aus Anlage 6, lfd. Nr. 10, 13-20, 24-28
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-3.328.894	-3.349.494	20.600	Summe der Auszahlungen aus Anlage 6, lfd. Nr. 21-24
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-170.500	-1.470.500	1.300.000	Kredite an Eigenbetrieb Stadthalle und Pflegeverbund Strohgäu-Glems, vgl. Vorlage 2018/066
28	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-1.661.100	-1.661.100	0	
30	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-43.217.500	-32.638.350	-10.579.150	
31	= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-28.735.921	-17.465.800	-11.270.121	
32	= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-19.734.561	-5.319.491	-14.415.071	Die Reduzierung des Finanzierungsmittelbedarfs ergibt sich aus der Summe von lfd. Nr. 17 und lfd. Nr. 31.
33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbare Vorgängen für Investitionen	23.000.000	5.464.722	-17.535.278	
34	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-6.525.000	-6.525.000	0	
35	= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	16.475.000	-1.060.278	-17.535.278	
36	= Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	-3.259.561	-6.379.769	3.120.208	Auf Grund der geringeren Kreditaufnahme erfolgt eine höhere Entnahme aus der Liquidität.

lfd. Nr.	Kontierung			Plan 2018	Hochrechnung zum 31.12.	Abweichung in EUR	Erläuterung
	Sachkonto	Kostenstelle	Beschreibung				
1	30210000	61100000	Anteil an der Einkommenssteuer	34.371.000	35.571.000	1.200.000	Hochrechnung auf Grund der ersten Teilzahlung
2	30220000	61100000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.876.000	3.688.000	-188.000	Hochrechnung auf Grund der zweiten Teilzahlung
3	30320000	61100000	Hundesteuer	195.000	205.000	10.000	Hochrechnung auf Grund aktuellem Stand
4	31110000	61100000	Schlüsselzuweisungen	19.858.000	20.919.000	1.061.000	Hochrechnung auf Grund Mai-Steuerschätzung
5	31310000	61100000	Sonstige allgemeine Zuweisungen Land	408.000	481.000	73.000	Hochrechnung auf Grund gestiegener Einwohnerzahl
6	31410000	31800002	FAG-Zuweisungen	0	450.000	450.000	Zuweisungen für Flüchtlinge, bei Planung nicht bekannt
7	31410000	3650*	FAG-Zuweisungen	5.431.200	5.848.050	416.850	Erhöhung der Zuweisungen für Kleinkinder
8	34110000	11220000	Mieten und Pachten, Grundstücksverkehr	54.500	58.700	4.200	Höhere Erträge bei Pachtverhältnissen
9	34610000	31800002	Zuschuss Integrationsmanager	60.800	160.800	100.000	Gewährung eines Zuschusses für Integrationsmanagement
10	34820000	12500000	Erstattungen von Gemeinden, BBH	9.200	0	-9.200	Leistungen an den Landkreis sind entfallen
11	35620000	11220000	Säumniszuschläge, Zinsen auf Abgaben	350.000	400.000	50.000	Hochrechnung auf Grund der bisherigen Festsetzungen
12	53110000	61100000	Ertrag Veräußerung Grundstücke	5.262.542	6.114.293	851.751	außerordentliche Erträge aus Grundstücksverkäufen
Abweichung der Erträge insgesamt						4.019.601	
13	42210000	12240000	Kommunales Grundbuchwesen	10.000	0	-10.000	Entfällt auf Grund Auflösung Grundbuchämter
14	42220000	21100316	geringwertige Vermögensgegenst.	4.500	10.400	5.900	Raumausstattung Essensraum Grundschule Warmbronn
15	42220000	3650, neue Kostenstelle	geringwertige Vermögensgegenst.	0	3.000	3.000	Erstausrüstung Modul Eltingen
16	42220000	36500005	geringwertige Vermögensgegenst.	0	24.000	24.000	Erstausrüstung Interimslösung Kita Nord
17	42610000	55300000	Arbeitssicherheitskleidung Friedhöfe	10.000	15.000	5.000	Höhere Aufwendungen auf Grund Arbeitssicherheitsbegehung
18	42710000	21100316	Essensverpflegung, Wirtschaftsbedarf	57.400	65.400	8.000	Wechsel Caterer Grundschule Warmbronn
19	42710000	36500005	Essensverpflegung, Wirtschaftsbedarf	0	5.000	5.000	Catering und Wirtschaftsbedarf Interimslösung Kita Nord
20	42750000	3650, neue Kostenstelle	Lernmittel	0	5.000	5.000	Erstausrüstung Modul Eltingen
21	42750000	36500005	Lernmittel	0	15.000	15.000	Erstausrüstung Interimslösung Kita Nord
22	43710000	61100000	Allgemeine Umlagen, FAG-Umlage	15.994.000	15.910.200	-83.800	Aktualisiert auf Grund zweiter Teilzahlung
23	47223000	11220000	Niederschlagungen, Forderungen Kasse	15.000	135.000	120.000	Hochrechnung auf Grund bisher durchgeführten Niederschlagungen
24	47223000	61100000	Niederschlagungen, Steuern	50.000	350.000	300.000	Hochrechnung auf Grund bisher durchgeführten Niederschlagungen
Abweichung der Aufwendungen insgesamt						397.100	

Investitionen voraussichtliche Änderungen zum 31.12.2018

lfd. Nr.	Kontierung		Plan 2018	Hochrechnung	Abweichung in EUR	Erläuterung
	Investitionsauftrag	Beschreibung				
1	711330201301	ehem. Stöckhof-Kindergarten	150.000	0	-150.000	Verkauf derzeit unrealistisch
2	711330011001	Grundstückserlöse allgemein	1.158.379	2.111.350	952.971	Höhere Einzahlungen auf Grund einer nicht veranschlagten Veräußerung
3	721100403001	ASG CO2-Zuschüsse Fassade Dach	30.000	0	-30.000	Schulsanierungszuschuss beantragt, erste Abrechnungen vorauss. ab 2019
4	721100503001	ALS Invest.Zuschüsse Mensa	120.000	0	-120.000	Antrag ist gestellt, Bewilligung liegt noch nicht vor, Abrechnung vorauss. ab 2019
5	736500153001	TAPIR Zuschuss	14.000	0	-14.000	In 2018 erfolgt keine TAPIR-Einrichtung
6	736500403001	Kindergarten Nord Inv.Zuschuss Land	240.000	0	-240.000	Baumaßnahme verzögert sich, Antrag erfolgt nach Konkretisierung Planung
7	742410023002	Investitionszuschuss Sportzentrum Stadtm.	0	42.000	42.000	Ansatz 2017 für Tartanplätze wurde in 2018 nicht neu veranschlagt
8	754100493201	Höfingertäle, Zuschuss	60.000	0	-60.000	Abschließende Umsetzung des Naturerlebensraums erst 2019
9	754100496201	Höfingertäle, Nachlassverwendung	240.000	50.000	-190.000	Abschließende Umsetzung des Naturerlebensraums erst 2019
Abweichung der Einzahlungen insgesamt					190.971	
10	711330107001	Steinbruch Mühlstr., Sicherungsmaßn.	100.000	0	-100.000	Zusätzliche hangsichernde Maßnahmen begleitend vorauss. nicht notwendig
11	711330116320	Baugeb. Hinter den Gärten Grunderwerb	2.600.000	0	-2.600.000	nach aktuellem Gemeinderatsbeschluss wurden die Optionen nicht angenommen
12	711330186220	Westl. A.-Schweitzer-Str. Grunderwerb	66.000	0	-66.000	Abschluss der Verträge derzeit nicht zu realisieren
13	721100147303	Grundschule Warmbronn Neubau	3.167.940	167.940	-3.000.000	Umsetzung der Maßnahme verschiebt sich in die Folgejahre
14	721100407002	ASG - Fassadensanierung	2.204.974	1.504.974	-700.000	Mittelabflussplan wurde nach konkreter Planung neu angepasst
15	721100507001	ALS - Neubau Mensa	1.213.177	613.177	-600.000	Mittelabflussplan wurde nach konkreter Planung neu angepasst
16	725200036303	Christian -Wagner-Haus	31.681	41.681	10.000	Mehrkosten durch Kostensteigerung
17	736500357201	Kinderhaus Kunterbunt-Anbau	230.000	80.000	-150.000	Planungskosten verschieben sich teilweise nach 2019
18	736500407001	Kita Nord - Neubau	1.300.000	100.000	-1.200.000	Umsetzung der Maßnahme verschiebt sich in die Folgejahre
19	736500607001	Kita West - Neubau	200.000	50.000	-150.000	Planungskosten verschieben sich teilweise nach 2019
20	736501507003	Umbau ÖZE	500.000	50.000	-450.000	Maßnahme wird sich verschieben - Prüfauftrag des Gemeinderats
21	73650*, neuer Investitionsauftrag	Erwerb bewegliches Vermögen	0	6.000	6.000	Grundschule Warmbronn, neue Spülmaschine
22	736500256003	Erwerb bewegliches Vermögen	2.500	8.200	5.700	Halden-Kindergarten Garderobe und Möbel für 7. Gruppe
23	73650* neuer Investitionsauftrag	Erwerb bewegliches Vermögen	0	6.000	6.000	Erstausrüstung Interimslösung Kita Nord
24	736501606003	Erwerb bewegliches Vermögen	800	3.700	2.900	Ludwig-Wolker-Kindergarten, Büroausstattung
25	742400037002	Sanierung Leobad	3.594.932	2.194.932	-1.400.000	Mittelabflussplan wurde nach konkreter Planung neu angepasst
26	751100017007	Rathausneubau - Abbruch Bestand	443.750	0	-443.750	Maßnahme wurde über Hauptinvestitionsauftrag abgewickelt
27	751100017008	Rathausneubau - Altlastenentsorgung	800.000	0	-800.000	Maßnahme wurde über Hauptinvestitionsauftrag abgewickelt
28	754100497201	Naturerlebensraum Höfingertäle-Nachl.	300.000	50.000	-250.000	Abschließende Umsetzung des Naturerlebensraums erst 2019
Abweichung der Auszahlungen insgesamt					-11.879.150	

2018/048

öffentlich

Dezernat B
Stadtkasse

Bezugsvorlagen:

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	14.06.2018	Ö

Annahme von Spenden, Schenkungen und Gelder von Sponsoren

Beschlussvorschlag

Die unter Ziffer I lfd. Nr. 1 bis 6 aufgeführten Spenden und Schenkungen werden angenommen.

Dr. Ulrich Vonderheid
Erster BürgermeisterMartin G. Kaufmann
Oberbürgermeister

Anlage/n

1	Spendenannahme über 100 V ö
---	-----------------------------

Antrag auf Annahme von Spenden, Schenkungen und Gelder von Sponsoren

Eingegangene Spenden/Schenkungen/Sponsorengelder für den Zeitraum Dezember 2017 bis Mai 2018

I. Spenden über 100 EUR im Einzelfall an die Stadt Leonberg (bis 200.000 € – lt. Hauptsatzung in der Zuständigkeit des V-A)

lfd. Nr.	Spender/in Name, Wohnort	Empfänger	Geldspende Betrag	Sachspende Wert	bei Sachspende Gegenstand	Spendenzweck
1	Besucherspenden/Kirchenpflege	Stadt Leonberg	377,34 €			Förderung der Erziehung
2	Besucherspenden/Weihnachtsoratorium für Kinder	Stadt Leonberg	1.185,00 €			Förderung der Erziehung
3	Besucherspenden/Fachbereichskonzert Blockflöten	Stadt Leonberg	136,00 €			Förderung der Erziehung
4	Besucherspenden/Orchestergruppenkonzert	Stadt Leonberg	265,50 €			Förderung der Erziehung
5	Besucherspende/Auftritt Frau Brokate	Stadt Leonberg	500,00 €			Förderung der Erziehung
Summe :			2.463,84 €	0,00 €		

2018/101

öffentlich

Dezernat B
Stadtkasse

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	14.06.2018	Ö

Annahme von Kleinspenden

Beschlussvorschlag

Die unter der Ziff. I lfd. Nr. 1 bis 4 aufgeführten Kleinspenden gelten im Wege des Offenlegungsverfahrens gem. § 30 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderats als angenommen.

Dr. Ulrich Vonderheid
Erster BürgermeisterMartin G. Kaufmann
Oberbürgermeister

Anlage/n

1	Spendenannahme Kleinspenden V ö
---	---------------------------------

Antrag auf Annahme im Wege der Offenlegung gem. § 30 Abs. 2 Geschäftsordnung des Gemeinderats

Eingegangene Spenden für den Zeitraum März 2017 bis November 2017

I. Zuwendungen an die Stadt

lfd. Nr.	Empfänger	Geldspende Betrag	Sachspende Wert	bei Sachspende Gegenstand	Spendenzweck
1	Stadt Leonberg	75,34 €			Förderung der Erziehung
2	Stadt Leonberg	50,70 €			Förderung der Erziehung
3	Stadt Leonberg	65,00 €			Förderung der Erziehung
4	Stadt Leonberg	79,35 €			Förderung der Erziehung
Summe :		270,39 €	0,00 €		